



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

DAS ENDE DER EU-SANKTIONEN DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE RENTENREFORM

■ EDITORIAL		
	Vor dem Neustart? Das Ende der EU-Sanktionen gegen Belarus Astrid Sahn, Berlin	2
■ ANALYSE		
	Am Rande des Abgrunds? Zur wirtschaftlichen Lage in Belarus Anton Boltatschka, Minsk	3
■ ANALYSE		
	Aufgeschoben, aber unvermeidbar. Debatten zur Rentenreform in Belarus Aljona Spasjuk, Minsk	7
■ STATISTIK		
	Entwicklungstrends der belarussischen Wirtschaft	10
■ UMFRAGE		
	Bewertung der Wirtschaftslage und Reformbereitschaft in der belarussischen Gesellschaft	18
■ CHRONIK		
	1. Dezember 2015 – 15. Februar 2016	24



Vor dem Neustart?

Das Ende der EU-Sanktionen gegen Belarus

Astrid Sahn, Berlin

Am 15. Februar 2016 beschloss der Rat der Europäischen Union, die gegen Belarus nach den Präsidentschaftswahlen vom Dezember 2010 wieder in Kraft gesetzten bzw. neu verhängten Sanktionen weitgehend aufzuheben. Damit gelangte ein sich bereits seit zwei Jahren andeutender Prozess zu seinem absehbaren Ende. Denn in dieser Zeit hatten sich die Beziehungen zwischen Belarus und der EU erkennbar intensiviert. Ausgelöst wurde diese Annäherung zum einen durch die Ukraine-Krise, in der Minsk zum Vermittlungsort avancierte, und zum anderen durch die auf EU-Seite entstandene Einsicht, dass die Sanktionen nicht die erhoffte Wirkung entfalten. Schließlich war auf Seiten der belarussischen Führung das Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen deutlich gewachsen, um angesichts der Ukraine-Krise die einseitige Abhängigkeit von Russland zu mindern und neue Ressourcen zur Überwindung der immer offensichtlicher werdenden strukturellen Wirtschaftskrise zu erschließen.

Neue Interessenkonstellation

Mit der Freilassung aller von der EU als politische Gefangene eingestuft Oppositionspolitiker, welche Präsident Lukaschenka im August 2015 anordnete, erfüllte die belarussische Führung zumindest eine zentrale Forderung der EU. Zu den Freigelassenen gehörte auch der ehemalige Präsidentschaftskandidat Mikalaj Statkewitsch, der sich umgehend wieder politisch engagierte. Die von der EU ebenfalls gewünschte Rehabilitierung, die u. a. eine Kandidatur bei Wahlen erlauben würde, erfolgte jedoch nicht.

Die EU wartete daher zunächst die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2015 ab, ehe sie eine Aussetzung der bestehenden Sanktionen für zunächst vier Monate verkündete. Nach Vorlage des OSZE-Wahlbeobachtungsberichts folgte nun der Aufhebungsbeschluss. Zentral war dabei der friedliche Wahlverlauf, denn insgesamt wurden auch diese Wahlen von der OSZE nicht als frei und fair bewertet. Ebenso wichtig war, dass es im vergangenen halben Jahr nicht zu neuen politischen Gefangenen kam. Stattdessen gab es zahlreiche Geldstrafen für die Organisatoren und Teilnehmer ungenehmigter Kundgebungen.

Friedliche Wahlen

Der EU-Rat hat in seinem Statement zur Aufhebung der Sanktionen zugleich auf die aus seiner Sicht weiterhin bestehenden Menschenrechtsprobleme in Belarus hin-

gewiesen. Hierzu gehören u. a. die fortgesetzte Anwendung der Todesstrafe sowie die weiterhin bestehenden Einschränkungen bei zentralen Grundrechten, wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Dementsprechend hob der Rat seine Erwartungen an den 2015 wiederaufgenommenen Menschenrechtsdialog mit Belarus und die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure in die weitere Entwicklung der Beziehungen hervor. Zudem blieben einige Sanktionen, wie das Einreiseverbot für Personen, die vermutlich 1999/2000 am Verschwinden von Oppositionellen beteiligt waren, und das Waffenembargo in Kraft.

Damit hat die EU hinreichend deutlich gemacht, dass sich die innenpolitische Situation in Belarus aus ihrer Sicht nicht grundsätzlich verbessert hat. Vielmehr ging es ihr darum, in der gegenwärtigen internationalen Lage durch die weitgehende Aufhebung der Sanktionen die auf EU-Seite bestehende Blockade für einen konstruktiven Dialog mit der belarussischen Führung zu beseitigen. Denn letztere hatte die EU-Sanktionen stets als Beweis für die Existenz doppelter Standards gegenüber ihrer Bevölkerung verwendet und damit das Ausbleiben von Fortschritten in den bilateralen Beziehungen begründet. Stattdessen soll nun versucht werden, über die Formulierung einer positiven Agenda Fortschritte zu erzielen.

Lernen aus Fehlern

Die weitgehende Aufhebung der Sanktionen führt freilich nicht automatisch zu einem Neustart der Beziehungen zwischen Belarus und der EU. Es bleibt zu hoffen, dass beide Seiten aus den Erfahrungen der letzten Annäherungsphase in den Jahren 2008–2010 gelernt haben und realistische Erwartungen aneinander entwickeln. Denn seinerzeit überschätzte die EU das Reformpotential in Belarus, während die belarussische Führung mit der Annäherung unerfüllbare Hoffnungen auf Investitionen verband. Aus diesen Erfahrungen folgt, dass die EU trotz ihrer Inanspruchnahme durch zahlreiche internationale Krisen, substantielle Kooperationsangebote an Belarus formulieren muss. Umgekehrt muss es der belarussischen Führung klar sein, dass nicht zuletzt im für sie zentralen wirtschaftlichen Bereich ohne strukturelle Reformen kein stärkeres Engagement aus den EU-Ländern zu erwarten sein wird. Sofern diese Voraussetzungen gegeben sind, bestehen tatsächlich Chancen für einen Neustart.

Informationen über die Autorin und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin:

Dr. Astrid Sahm (*1968) ist Politikwissenschaftlerin und leitet derzeit das Berliner Büro des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks in Dortmund

Lesetipps:

- Anaïs Marin: Belarus: time for a “principled” re-engagement, EUISS Brief Issue, No. 6, <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/Brief_6_Belarus.pdf>.
- Council Conclusions on Belarus, 15.02.2016, <<http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/02/15-fac-belarus-conclusions/>>.
- Yauheni Preiherman: Sanctions Lifted – What Prospects for Belarus-EU Relations? 25.02.2016, <<http://liberal-club.biz/sanctions-lifted-what-prospects-for-belarus-eu-relations/>>.
- Die nächste Ausgabe der Belarus-Analysen wird sich ausführlich mit der Aufhebung der Sanktionen befassen.

ANALYSE

Am Rande des Abgrunds?

Zur wirtschaftlichen Lage in Belarus

Anton Boltatschka, Minsk

Zusammenfassung:

Die Ergebnisse des Jahr 2015 zeigen deutlich, dass die veränderte weltwirtschaftliche Lage und interner Reformstau die Grundlagen des belarussischen Wirtschaftsmodells zerstört haben. Dessen Lebensfähigkeit beruhte weitgehend auf vielfältigen russischen Subventionen. Bisher zeigt die politische Führung von Belarus jedoch nur eine begrenzte Bereitschaft, grundlegende Wirtschaftsreformen durchzuführen, und führt die Krise ausschließlich auf externe Faktoren zurück. Zu ihren zentralen Maßnahmen gehören höhere Steuern und Preissteigerungen im Kombination mit einer stärkeren Kontrolle von Ausgaben. Gleichzeitig hofft sie auf neue internationale Kredite. Belarus könnte damit zu einem Outsider in der Weltwirtschaft werden.

Ende 2015 befand sich die belarussische Wirtschaft offensichtlich in einer Rezession. Den Daten des Nationalen Statistischen Komitees (Belstat) zufolge ging das Bruttoinlandsprodukt 2015 um 3,9% zurück. Damit wies Belarus zum ersten Mal seit 1996 ein negatives Wirtschaftswachstum auf. Dieses Ergebnis stellt zugleich die Bilanz der 20jährigen Entwicklung des Modells eines belarussischen Marktsozialismus, das sich durch eine starke Zentralisierung der wirtschaftlichen Macht und die Dominanz des Staatseigentums auszeichnet, dar.

Das belarussische Modell

Obwohl die Periode des Wirtschaftswachstums in Belarus offiziell erst 2015 endet, so wäre es angemessener, das Ende auf das Jahr 2009 zu datieren. Denn damals zeigten sich die ersten ernsthaften Risse im Wirtschaftssystem des Landes. In den 13 Jahren davor, d. h. von 1996 bis 2008 lag das jährliche Wirtschaftswachstum durchschnittlich bei 7,5%. In den ersten acht Jahren dieses Zeitraums speiste sich der Aufstieg des Landes zum

einen aus dem sowjetischen Erbe in Gestalt der Produktionsanlagen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Belarus geschaffen worden waren (u. a. dank der Lieferung technischer Ausstattung aus der DDR). Zum anderen konnten belarussische Waren in großem Umfang den russischen Markt erobern. Letztere Entwicklung verdankte sich der Integrationspolitik, welche die belarussische Führung seit dem Amtsantritt von Präsident Lukaschenka in 1994 aktiv betrieb.

Die anschließenden fünf Jahre waren geprägt vom schnellen Anstieg des Weltmarktpreises für Öl. Von 2004 bis Mitte 2008 stieg der Preis für ein Barrel Erdöl der Marke Brent von 30 auf 140 US-Dollar. Zwar verfügt Belarus selber nur über geringe eigene Erdölvorkommen – die jährliche Förderung liegt unter 1,8 Mio. t –, gleichwohl verarbeiten die belarussischen Erdölraffinerien jährlich über 20 Mio. t Barrel des »schwarzen Goldes«. Der Hauptlieferant dieses Rohstoffes ist Russland. Dank der Vorzugspreise, die Russland dem Land gewährt, sowie der erfolgten Modernisierung der erdöl-

verarbeitenden Betriebe verdiente Belarus in dieser Zeit Milliarden US-Dollars mit dem Export der erzeugten Endprodukte, die vorrangig über Großbritannien und die Niederlande in Länder der EU geliefert wurden.

In 2009 zerbrach jedoch das Fundament des belarussischen sozialwirtschaftlichen Modells. Erstens hob Russland den Preisnachlass für die nach Belarus gelieferten Energieressourcen auf. Dadurch verringerte sich die preisliche Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Waren spürbar. Zweitens führte die Weltfinanzkrise zu einem allgemeinen Rückgang der Nachfrage auf den Außenmärkten, was sich ebenfalls im Umfang des belarussischen Exports widerspiegelte. Die Außenhandelsbilanz fiel 2009 auf ein Minus von 7,1 Mrd. US-Dollar und 2010 sogar von 9,3 Mrd. US-Dollar. Das belarussische BIP wuchs erstmals seit der Jahrtausendwende nur um 0,2%. De facto blieb es überhaupt nur dank der künstlichen Stimulierung der Produktion in einzelnen Branchen, die auf Halde produzierten, im grünen Bereich.

Verschleppte Probleme

Angesichts dieser Wirtschaftslage waren rasche Maßnahmen gefragt. Doch das politische Hauptereignis des Jahres – die 2010 anstehenden Präsidentschaftswahlen – führte dazu, dass verantwortungsbewusste Entscheidungen zur Reformierung der Wirtschaft aufgeschoben wurden. Stattdessen setzte die politische Führung darauf, das Wirtschaftswachstum um jeden Preis künstlich zu stützen. So wurde 2010 durch eine bisher ungekannte Emission die Geldmenge um 24,7% erhöht (zum Vergleich: in 2009 betrug die Erhöhung nur 0,9%) und damit erreicht, dass die belarussische Wirtschaft um die »traditionellen« 7,7% wuchs. Doch bereits unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen wurden die Folgen dieser kurzfristigen Wirtschaftspolitik offensichtlich. In 2011 belief sich die Inflation auf 108,7% und der belarussische Rubel verlor um etwa 300% an Wert, so dass das Einkommensniveau der Bevölkerung dramatisch sank. Ab diesem Zeitpunkt gelangte das jährliche Wirtschaftswachstum nicht mehr über die Marke von zwei Prozent. Das belarussische »Wirtschaftswunder« war damit beendet.

Diese Entwicklung bestätigt nochmals, dass die substantielle Unterstützung von Seiten Russlands das Fundament für die hohen sozialökonomischen Wachstumsraten in Belarus seit 1996 bildete. Der Weltbank zufolge beliefen sich allein die russischen Subventionen im Energiebereich auf etwa 13% des belarussischen BIP. Berücksichtigt man, dass belarussische Waren über einen freien Zugang zum russischen Markt verfügen, wo sie noch – wenn auch seit 2008 in immer geringerem Maße – konkurrenzfähig sind, so muss man den gespendeten Bei-

trag des östlichen Nachbarn auf etwa ein Viertel der belarussischen Wirtschaftsleistung schätzen. Der Verlust oder bereits lediglich die Reduzierung dieser Leistungen führt unverzüglich zu einer Destabilisierung der einheimischen Wirtschaft. Deswegen ist der Einfluss Russlands auf die belarussische Wirtschaft beträchtlich. Dabei verfügt Russland sowohl über politische als auch wirtschaftliche Druckmittel.

Offizielle Version der Krise

Die Krise, in der sich die belarussische Wirtschaft aktuell befindet, hat nach der offiziellen Version der politischen Führung ausschließlich externe Ursachen. Hierzu gehören u. a. die geopolitischen Spannungen in der Region, die Rezession in Russland, der Verfall des Erdölpreises, die Währungsabwertungen bei den benachbarten Handelspartnern etc. In der Prognose der sozialökonomischen Entwicklung von Belarus für 2016–2018 heißt es: »... die genannten Gründe drückten das Wachstum der belarussischen Wirtschaft in 2014 auf lediglich 101,6% gegenüber 2013«. Dementsprechend werden diese Faktoren auch für den Rückgang des BIP in 2015 verantwortlich gemacht.

Selbstverständlich spielen externe Faktoren tatsächlich eine Rolle. Der Ukraine-Konflikt trug erheblich zum Rückgang des bilateralen Handels zwischen Belarus und der Ukraine bei. Den Angaben des Staatlichen Zollkomitees zufolge brach 2015 der belarussische Export in das Nachbarland um 40,5% ein, der Export ging um 45,3% zurück. Noch vor einem Jahr hatte die Ukraine als zweitwichtigster Handelspartner nach Russland einen Anteil von 7,7% am belarussischen Außenhandel. In 2015 ging dieser Anteil auf 6,1% zurück und näherte sich damit gefährlich dem Anteil von Großbritannien (5,8%) an.

Rolle externer Faktoren

Des Weiteren hat sich die Volatilität auf dem Ölmarkt beträchtlich erhöht. Die Preise für die börsengehandelten Ölsorten Brent, WTI und Urals haben einen historischen Tiefstand erreicht. Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass die Einnahmen des belarussischen Staatshaushalts aus Ausfuhrzöllen anstelle der geplanten rund 2 Mrd. US-Dollar de facto unter 1 Mrd. US-Dollar lagen. Doch dieser Betrag war noch ausreichend, um einen dramatischen Rückgang der Einnahmen im konsolidierten Staatshaushalt aufgrund von wegbrechenden Zahlungen bei den Positionen Gewinnsteuer, Mehrwertsteuer u. a. zu verhindern. Denn letztere hängen vollständig von der einheimischen Wirtschaftsaktivität ab, die sich in diesem Zeitraum deutlich verringerte. Die Haushaltslage könnte also noch deutlich schlimmer sein, wenn man sich anschaut, dass der Anteil der Außenhan-

delssteuern an den Steuereinnahmen des konsolidierten Staatshaushalts um ganze 8,4 % gestiegen ist.

Gleichzeitig hat die Stagnation der belarussischen Wirtschaft, wie bereits weiter oben betont, schon deutlich früher eingesetzt, d. h. bevor die genannten externen Faktoren aufgetreten sind. Denn in 2012 und 2013, als es weder die Krise in der Ukraine noch die Rezession in Russland gab und der Ölpreis bei 100 US-Dollar pro Barrel lag, war das Wirtschaftswachstum auch nicht höher als in 2014.

Begrenztes Reformpotential

Aus diesem Grunde liegt die Ursache der Krise in Belarus nur partiell in externen Faktoren, sondern ist mindestens in gleichem Maße dadurch bedingt, dass in früheren Zeiträumen keine wirtschaftlichen und politischen Reformen durchgeführt wurden. Auf die externen Faktoren hat Belarus nur geringen Einfluss. Aber die ausgeprägte Bürokratie und die verbreitete ineffektive Methode der »manuellen Steuerung« führen dazu, dass das Wirtschaftssystem sich nur schwer an sich rasch verändernde Rahmenbedingungen anpassen kann. Deswegen ziehen selbst geringfügige Veränderungen im Äußeren ernsthafte Folgen im Inneren nach sich.

Angesichts der Wirtschaftslage leugnet die politische Führung inzwischen nicht mehr, dass das Land Reformen braucht. Doch werden hierfür in der Regel Begriffe wie »Stabilisierung«, »evolutionäre Modernisierung«, »Optimierung« u. ä. gebraucht. Dabei besteht die Hauptfrage darin, welche Bedeutung auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen mit den angestrebten Veränderungen verbunden wird. Denn in diesem Falle kommt es nicht auf die Form, sondern auf den Inhalt an. Ausgehend von den Maßnahmen, welche die politische Führung im letzten Jahr zur Überwindung der Krise ergriffen hat, sowie der zu erwartenden weiteren Verschlechterung der allgemeinen Lage, erscheint folgendes Entwicklungsszenario am wahrscheinlichsten.

Weitere Abwärtsspirale

Laut den Daten von Belstat sind die Investitionen in das Sachkapital in 2015 um 15,2 % zurückgegangen, nachdem sie sich bereits im Vorjahr mit einem Minus von 5,8 % in der »roten Zone« bewegt hatten. Die Erneuerung des aktiven Teils des Anlagevermögens brach sogar um 25,2 % ein. Dementsprechend wurde im vergangenen Jahr nicht der Grundstein für ein langfristiges wirtschaftliches Wachstum gelegt. Folglich ist in absehbarer Zukunft auch keine positive Entwicklung des BIP zu erwarten, auch wenn die offizielle Prognose bei einem Wirtschaftswachstum von 0,3 % liegt.

Die Industrieproduktion ist nach einem bescheidenen Wachstum von 2 % in 2014 um 6,6 % in 2015

zurückgegangen. Dieser Rückgang hätte sogar noch höher ausfallen können, wenn nicht die Chemieindustrie und die erdölverarbeitende Produktion diesen Wirtschaftsbereich gestützt hätten. Zudem hat die belarussische Regierung die belarussischen Betriebe mit einer Vielzahl von verschiedenen Finanzinstrumenten gestützt. Hierzu zählen direkte Subventionen aus dem Staatshaushalt, die Zuteilung von Vorzugskrediten durch staatliche Banken oder die Refinanzierung von Schulden durch die Herausgabe und den Kauf von Obligationen durch den Banksektor. Freilich gelang es dadurch lediglich einzelne Betriebe zu unterstützen. Insgesamt blieb es offensichtlich, dass es um die Industriebranche schlecht steht: Der Anteil der mit Verlusten arbeitenden Unternehmen stieg im Laufe des letzten Jahres von 26,5 % auf 31,4 %, wobei sich die Summe des Reinverlusts sogar verdoppelte.

Das Potenzial für einen weiteren Rückgang der Industrieproduktion ist als recht hoch einzuschätzen. Ein hoher Anteil der Unternehmen befindet sich in den Händen des belarussischen Staats und übt daher nicht nur kommerzielle, sondern auch soziale Funktionen aus. Folglich sind in dieser Branche keine ernsthaften Reformen zu erwarten. Es ist möglich, den Industriesektor mit Mitteln aus dem Staatshaushalt oder durch Kredite weiter zu unterstützen. Aber dies zeitigt nur kurzfristige Wirkungen. Bereits im Januar 2016 musste die politische Führung zugeben, dass ihr Haushaltsplan für das laufende Jahr auf zu optimistischen Annahmen zur Entwicklung des Wechselkurses des belarussischen Rubels und des Erdölpreises beruht. Im Februar gestand sie ein, dass eine Finanzierungslücke in Höhe von 14 % auf der Ausgabenseite des konsolidierten Haushalts des Landes besteht.

Hoffnung auf neue Kredite

Angesichts der unzureichenden Finanzreserven und der fehlenden Bereitschaft, grundlegende Wirtschaftsreformen durchzuführen, ist die belarussische Führung gezwungen, bei den internationalen Organisationen um Kredite nachzufragen. Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass in letzter Zeit intensive Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und dem Eurasischen Fonds für Stabilisierung und Entwicklung (der de facto Teil des russischen Staatshaushalts ist) geführt werden. Für Belarus ist es lebenswichtig, neue Kredite zu erhalten, um die Geldreserven aufzufüllen – zumal das Land in 2016 insgesamt 3,3 Mrd. US-Dollar Schulden zurückzahlen muss, während die Gold- und Währungsreserven sich lediglich auf etwa 4 Mrd. US-Dollar belaufen.

Die weitere Erhöhung der Staatsverschuldung vor dem Hintergrund eines weiteren Rückgangs des BIP

kann jedoch dazu führen, dass der Indikator zur wirtschaftlichen Sicherheit des Landes verletzt wird. Derzeit gilt, dass die externe Staatsverschuldung 25 % des BIP nicht überschreiten soll. Zum 1. Januar 2016 belief sich die Schuldenquote allerdings bereits auf 22,7 % und hat sich damit im Laufe eines Jahres um 6,1 % erhöht. Natürlich kann man die zulässige Schuldenquote jederzeit verändern. Die entscheidende Frage ist jedoch, wie sich eine steigende Kreditlast auf die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven des Landes auswirkt.

Benachteiligter Privatsektor

Eine alternative Grundlage für die Entwicklung der belarussischen Wirtschaft könnte der Privatsektor sein. Doch obwohl die offiziellen Staatsvertreter ständig erklären, wie wichtig die Unterstützung des kleinen und mittleren Unternehmertums ist, wurden im Januar 2016 Änderungen am Steuerkodex vorgenommen, dank derer sich die Steuerlast der Unternehmer beträchtlich erhöht. So können beispielsweise Besitzer von Online-Geschäften nicht mehr das vereinfachte Steuersystem mit reduzierten Steuersätzen anwenden. Insgesamt fehlt es weiterhin an einer Liberalisierung der Rahmenbedingungen für die Entwicklung des privaten Unternehmertums bei gleichzeitiger instabiler makroökonomischer Lage.

Rückläufige Einkommen

Angesichts dieser Lage sollten sich die Belarussen auf einen schrittweisen Rückgang ihrer Einnahmen vorbereiten. Das Durchschnittsgehalt sinkt weiter. So erreichte es mit 379 US-Dollar im November 2015 einen neuen Tiefstand, angesichts des Kursverlusts des belarussischen Rubels im Januar 2016 fiel es sogar auf 360 US-Dollar (umgerechnet nach dem durchschnittlichen Monatskurs). Die Regierung hat inzwischen ihre Prognose des durchschnittlichen Wechselkurses für 2016 von 18.689 BYR pro US-Dollar auf 22.719 BYR erhöht. Legt

man letzteren Kurs zugrunde, dann kann das Durchschnittsgehalt auch auf 340 US-Dollar fallen.

Gleichzeitig erhöhen die Behörden die Tarife für kommunale Dienstleistungen und öffentliche Verkehrsmittel. Zudem werden die Preise für einzelne Lebensmittel liberalisiert. Damit erhöht sich der Druck auf die Bevölkerung, da die monatlichen Ausgaben steigen. Insgesamt lässt sich somit konstatieren, dass die politische Führung des Landes anstelle von Reformen darauf setzt, dass alle den Gürtel enger schnallen. Angesagt sind eine totale Einsparungspolitik sowie eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität mit administrativen Ressourcen u. ä.

Pattsituation bei Eliten

Dabei hat sich innerhalb der herrschenden Elite längst eine Gruppe von Reformern gebildet, die bereit wäre, Veränderungen in der Wirtschaft herbeizuführen. Ihnen steht jedoch eine etwa gleich starke Gruppe von alten Kadern gegenüber, welche für den Erhalt des Status quo eintreten. Lukaschenka bleibt in dieser Situation bisher der alten Elite verbunden, wie er bereits mehrmals während seiner Pressekonferenzen und öffentlich gezeigten Sitzungen demonstriert hat. So erklärte das Staatsoberhaupt bei einer dieser Gelegenheiten Ende Januar 2016: »Ich sehe weder die Möglichkeit noch die Notwendigkeit in dieser Situation den Kurs zu ändern (sofern das jemand vorschlagen sollte). Denn dies ist der Kurs, mit dem wir die Unabhängigkeit erhalten haben, unseren Staat aufgebaut haben. Und ich kann es nicht nur nicht zulassen, sondern bin kategorisch dagegen, dass wir heute etwas zerstören und die Menschen zusätzlichen Belastungen aussetzen, ohne dass es Ergebnisse bringt«. Folglich bleibt der Bevölkerung nichts Anderes übrig, als gemeinsam mit dem Staat, die Gürtel enger zu schnallen und auf bessere Zeiten zu warten.

Übersetzung: Astrid Sahn

Über den Autor:

Anton Boltatschka (geb. 1990) ist Wirtschaftsexperte des Liberalen Clubs (<http://liberalclub.biz>) in Minsk.

Literaturtipps:

- GET Belarus: Wirtschaftsausblick Belarus, Oktober 2015, <http://www.get-belarus.de/wordpress/wp-content/uploads/2014/10/Wirtschaftsausblick-Belarus-03-2015.pdf>.
- Robert Kirchner: Wirtschaftsausblick 2016: Kein Ende der Rezension in Sicht, Newsletter von GET Belarus, Januar-Februar 2016, http://www.get-belarus.de/wordpress/wp-content/uploads/2016/02/Newsletter_38_2016_GET-Belarus.pdf.

Aufgeschoben, aber unvermeidbar

Debatten zur Rentenreform in Belarus

Aljona Spasjuk, Minsk

Zusammenfassung:

In den letzten Monaten haben sich zahlreiche belarussische Politiker einschließlich Präsident Lukaschenka für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters im Lande ausgesprochen. Eine Rentenreform ist angesichts der demographischen Prognosen unvermeidbar. Dabei wird alleine die Anhebung des Rentenalters nicht ausreichend sein. Bisher ist jedoch nicht erkennbar, wann der erklärten Reformabsicht tatsächlich konkrete Taten folgen werden. Denn die Rentenreform ist bei den belarussischen Wählern unbeliebt.

Die Rentenauszahlungen erfolgen in Belarus gegenwärtig aus dem Staatlichen Fonds für den Sozialschutz der arbeitenden Bevölkerung (im Weiteren kurz: Sozialfonds), der sich über die Sozialabgaben der arbeitenden Bevölkerung finanziert. Die Mittel des Sozialfonds werden außerdem für die Zahlung des Erziehungsgelds sowie zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle verwendet. In den letzten Jahren sind die Einnahmen in den Fonds freilich kaum noch ausreichend. Es gab bereits Jahre, in denen zusätzlich Mittel aus dem Staatshaushalt eingesetzt wurden, um alle fälligen Auszahlungen vornehmen zu können. In der derzeitigen angespannten wirtschaftlichen Lage verschärft sich diese Situation weiter, da viele Betriebe Kurzarbeit eingeführt haben und dementsprechend weniger Sozialabgaben zahlen.

Demographische Schere

Rentner stellen derzeit 27 Prozent der gesamten Bevölkerung. Ihr Anteil wächst jedoch fortlaufend: Bis 2030 wird sich der Anteil der Rentner laut den demographischen Prognosen aus dem Wirtschaftsinstitut der belarussischen Akademie der Wissenschaften auf 28,7 Prozent erhöhen und bis 2050 wird sich ein Drittel der Bevölkerung im nichtarbeitsfähigen Alter befinden. Der Anteil der Rentner an der arbeitenden Bevölkerung wird sich 2050 sogar auf deutlich über 50 Prozent belaufen.

Parallel hierzu sinkt die Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung. Das Forschungsinstitut des belarussischen Wirtschaftsministeriums geht davon aus, dass infolge des demographischen Alterungsprozesses es in 2020 etwa 600.000 Menschen weniger im altersfähigen Alter geben wird als heute. Bis 2025 wird sich der Anteil der Menschen im arbeitsfähigen Alter rasant reduzieren, erst in den Jahren 2026–2030 wird sich der demographische Alterungsprozess verlangsamen. Infolge dieses drastischen Rückgangs des arbeitsfähigen Teils der Bevölkerung wird sich ihre demographische Belastung deutlich erhöhen: Kommen derzeit 422 Rentner auf 1.000 arbeitsfähige Personen, so werden

es den vorliegenden Prognosen zufolge in 2030 bereits 576 Rentner sein.

Strukturelles Defizit

Aufgrund dieser Entwicklungen ist zu erwarten, dass der Sozialfonds zukünftig ein strukturelles Defizit aufweisen wird und Probleme bei der Auszahlung der Rente auftreten können, die bisher stets rechtzeitig und in vollem Umfang erfolgt.

Derzeit werden in Belarus 8,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Rentenzahlungen aufgewendet. In den USA beläuft sich ihr Anteil auf 10 Prozent, innerhalb der Europäischen Union auf 13 Prozent des BIP. Diese Differenz erklärt sich u. a. durch das vergleichsweise niedrige Rentenniveau in Belarus, welches durch die Kursverluste der letzten Zeit in Valuta noch weiter gesunken ist. Im Januar 2015 belief sich die durchschnittliche Rente auf 2,9 Mio. Rubel, d. h. etwa 140 US-Dollar. In 2013 lag sie noch bei etwa 230 US-Dollar. Dem entspricht, dass das Lebensniveau im Land insgesamt gesunken ist und auch das Durchschnittsgehalt in Dollar umgerechnet zurückgegangen ist.

In den letzten Jahren betrug die Durchschnittsrente mindestens 42 Prozent des Durchschnittsgehalts für Arbeiter. Zukünftig wird es schwierig sein, dieses Verhältnis aufrechtzuerhalten. Den Schätzungen der Weltbank zufolge wird sich dieser Koeffizient um etwa 10 Prozent verringern. Möglichkeiten zu einer Anhebung des Rentenniveaus existieren praktisch nicht, da die Zahl der Rentner sich jährlich erhöht, während die arbeitende Bevölkerung abnimmt. Dabei erhöht das frühe Renteneintrittsalter die Belastung für die arbeitende Bevölkerung.

Hoher Reformbedarf

Darüber hinaus gibt es ein weiteres Problem: das bestehende Rentensystem diskriminiert die Gruppe der Menschen mit vergleichsweise gehobenem Einkommen. Denn die geltende Berechnungsmethode führt dazu, dass die Rente von Personen, die im Laufe ihres

Lebens hohe Beiträge in den Sozialfonds gezahlt haben, sich kaum von der Rente derjenigen unterscheidet, die während ihres Arbeitslebens nur ein geringes Gehalt bezogen haben.

Ohne eine Reform des Rentensystems wird es nicht möglich sein, die durch demographische und wirtschaftliche Faktoren entstandenen Probleme zu lösen. Der optimale Zeitpunkt für diese Reform wäre in jenen Jahren gewesen, als sich die belarussische Volkswirtschaft dank russischer Subventionen und ausländischer Kredite vergleichsweise gut entwickelte. In der jetzigen Situation, in der das BIP fällt und die Unternehmen nur reduziert arbeiten, ist die Durchführung von entsprechenden Reformen deutlich schwerer.

Bisherige Reformanläufe

Dabei gibt es bereits eine lange Geschichte der Reformdebatten in Belarus. Das erste Konzept zur Rentenreform wurde 1997 erarbeitet, d. h. vor fast 20 Jahren. Das Konzept sah insbesondere eine Umstellung des Finanzierungssystems vor. Demnach werden seit 2003 die Sozialabgaben der Bevölkerung individuell erfasst. Eine Rentenauszahlung erfolgt nur, wenn der Arbeitnehmer über einen Mindestzeitraum in den Sozialfonds eingezahlt hat. Zudem soll die Rentenhöhe in einem direkten Bezug zu den während des Arbeitslebens geleisteten Einzahlungen stehen. Allerdings fällt die Differenz zwischen schlechter und besser Verdienenden hinsichtlich der später erhaltenen Rente weiterhin äußerst gering aus.

Zu den Neuerungen der letzten Zeit gehört die erneute Anhebung der Dauer, in denen Einzahlungen in den Sozialfonds erfolgen müssen. Laut Präsidialerlass Nr. 534 wird die Zahl der Pflichtjahre schrittweise auf 20 Jahre angehoben. Derzeit, d. h. seit 1. Januar 2016 sind es 15 Jahre und sechs Monate. Im letzten Jahrzehnt wurden zudem Diskussionen darüber geführt, dass es ein Sparelement im Rentensystem geben müsse. In 2006 führte das Forschungsinstitut des Arbeits- und Sozialministeriums eine Studie zu diesem Thema durch. Voraussetzung für eine solche Reform ist freilich eine dynamische, stabile Wirtschaftsentwicklung.

Aktuelle Reformdebatte

Die politische Führung bereitet die Bevölkerung sehr vorsichtig auf die unausweichlichen Reformen vor und konzentriert sich dabei auf einzelne Aspekte. Gegenwärtig setzen die staatlichen Vertreter den Akzent in ihren Äußerungen insbesondere auf die Erhöhung des Renteneintrittsalters, welches in Belarus für Frauen bei 55 und für Männer bei 60 Jahren liegt. Dabei geht es zweifellos nicht darum, dass Rentenalter umgehend auf 65 Jahre anzuheben, welches in den meisten westeuropäischen Ländern die Altersgrenze darstellt. Dies

liegt auch daran, dass die Lebenserwartung in Belarus deutlich niedriger als in Westeuropa ist. 2014 belief sie sich auf 73,2 Jahre (2013 noch 72,6 Jahre). Den aktuellen Daten zufolge leben Frauen nach Rentenbeginn im Durchschnitt noch über 25 Jahre, Männer hingegen nur 15,3 Jahre.

Fokus Rentenalter

Der Präsidialberater für Wirtschaftsfragen Kirill Rudyj hat vor kurzem vorgeschlagen, als ersten Schritt das Renteneintrittsalter für Frauen und Männer anzugleichen. Hierdurch würde sich seiner Ansicht nach das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums in Belarus erhöhen. Wie Kirill Rudyj in der »Belarussischen Wirtschaftszeitschrift« schrieb, wurde die Fünf-Jahres-Differenz beim Renteneintrittsalter für Frauen und Männer in Belarus 1932 beschlossen und entbehre heute jeglicher wirtschaftlichen Grundlage. Ihm zufolge ist die Gleichstellung der Geschlechter in Bezug auf das Renteneintrittsalter ein Kennzeichen für entwickelte Länder, während in Entwicklungsländern aus unterschiedlichen historischen oder kulturellen Gründen ein unterschiedliches Renteneintrittsalter für Männer und Frauen beibehalten wird.

Die Angleichung des Renteneintrittsalters würde es erlauben, das Defizit des Sozialfonds zu reduzieren, und einen Anstieg des BIP um ein Prozent ab 2019 ermöglichen. Einer Studie des Belarussischen Zentrums für Wirtschaftsforschung und -bildung BEROC aus dem Jahre 2015 zufolge muss das Renteneintrittsalter für Frauen spätestens bis 2020 an das der Männer angepasst werden, um den Sozialfonds stabil zu halten. Angesichts dessen, dass etwa 60 Prozent der Frauen im Alter zwischen 55 und 59 Jahren weiterhin einer Beschäftigung nachgehen, stellt eine schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters für sie keinen wirklichen sozialen Schock dar.

Anschließend müsste dann eine schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters für alle auf 65 Jahre erfolgen, um die finanzielle Stabilität des Rentensystems zu erhalten. Wenn man das Renteneintrittsalter für alle um fünf Jahre anhebt, würde sich laut Einschätzungen des Forschungsinstituts des Wirtschaftsministeriums die Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung um etwa 670.000 Personen erhöhen. Angesichts des derzeitigen niedrigen Renteneintrittsalters und des hohen Anteils an arbeitenden Rentnern hätte eine Erhöhung des Renteneintrittsalters zur Folge, dass die finanzielle Belastung für das Rentensystem signifikant reduziert würde.

Unklarer Zeitplan

Trotz der zahlreichen aktuellen öffentlichen Stellungnahmen von politisch Verantwortlichen zum Thema

Rentenreform plant das Arbeits- und Sozialministerium allerdings nach eigenen Angaben für dieses Jahr keine Anhebung des Renteneintrittsalters. Wahrscheinlich werden auch andere Reformen, die nach Experteneinschätzung notwendig sind, weiter aufgeschoben. Zu den drängenden Problemen, die u. a. in der Studie »Wege zur Vervollkommnung des Rentensystems« des Wirtschaftsinstituts der Akademie der Wissenschaften angesprochen werden, gehören u. a. die bestehenden Möglichkeiten, vorzeitig in Rente zu gehen. So können in Belarus beispielsweise Armeeingehörige sowie viele Mitarbeiter des Komitees für Staatssicherheit, des Innenministeriums und des Katastrophenschutzministeriums bereits mit 45 Jahren in Rente gehen. Zudem ist für Arbeiter in gesundheitsschädlichen Produktionsbereichen (z. B. Kohle-, Metall- und Chemieindustrie) ein früherer Rentenbeginn vorgesehen. Für die absolute Mehrheit derjenigen, die in einem recht jungen Alter Rentenbezüge erhalten, stellt dies vor allem eine Möglichkeit dar, bei einem fortgesetzten Erwerbsleben ihr finanzielles Einkommen zu verbessern.

Weitergehende Reformideen

Die Demographen der Akademie der Wissenschaften haben daher vorgeschlagen, ein für alle Beteiligten transparentes und verständliches System zur Attestierung von Arbeitsplätzen zu schaffen. Dabei soll für Angestellte mit mittlerem Einkommen ein freiwilliges Rentensystem eingeführt werden, in das der Angestellte selbst einzahlt und aus dem er aus eigenem Wunsch auch wieder austreten kann. Um ein solches System zu entwickeln, ist es jedoch erforderlich die Sparinstitute im Land zu verbessern.

Insgesamt sind die meisten Experten der Auffassung, dass die Entwicklung einer kumulativen Komponente des Rentensystems derzeit wichtiger ist als die Frage der Erhöhung des Renteneintrittsalters. Am besten geeignet wäre für Belarus in der jetzigen Phase die Einführung eines Systems der freiwilligen Teilnahme der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber an einem kumulativen Rentensystem.

Reformblockaden

In den Vorschlägen der Wirtschaftsexperten aus der Akademie der Wissenschaften heißt es, dass erstens ein Wertpapiermarkt entwickelt werden müsse, damit Organisationen, die eine Rentenkasse mit Beitrittszahlungen bei sich anlegen, diese Mittel effektiv investieren können. Zweitens muss die makroökonomische Stabilität gewährleistet sein, da eine Akkumulation in einheimischer Währung nur im Falle von Wechselkursstabilität als Sparinstrument dienen kann. Gegenwärtig ist dies eine kaum zu gewährleistende Voraussetzung. Deswegen

konzentrieren sich die Reformdebatten derzeit auf das Renteneintrittsalter als einfacher zu lösendes Problem.

In den staatlichen Medien wird die Erhöhung des Renteneintrittsalters dementsprechend als einzige Variante zur Reform des Rentensystems dargestellt. Die unabhängigen Medien versuchen einen breiteren Blick auf diese Frage zu geben, doch bleibt auch bei diesen Diskussionen als einziger realer Kern die Erhöhung des Renteneintrittsalters übrig.

Zögerlicher Präsident

Präsident Lukaschenka hat bereits mehrmals erklärt, dass das Renteneintrittsalter erhöht werden müsse. Dabei bezog er sich auf die Empfehlung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Der IWF verlangt allerdings vor allem strukturelle Reformen und besteht nicht per se auf einer Erhöhung des Rentenalters. Entsprechenden strukturellen Reformen verweigert sich der Präsident jedoch bisher. Im Oktober 2015 erklärte Präsident Lukaschenka, dass die Erhöhung des Renteneintrittsalters »mit den Menschen entschieden« werden müsse. Er beabsichtige daher, sich mit den Bewohnern von Belarus in dieser Frage zu beraten.

Das soziologische Institut der Akademie der Wissenschaften plant im März 2016 eine neue Meinungsumfrage zur Erhöhung des Renteneintrittsalters durchzuführen. Frühere Umfragen des Instituts zeigen, dass die Menschen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters grundsätzlich ablehnen, aber Verständnis dafür haben, dass dieser Schritt erfolgen wird. Die meisten noch arbeitenden Menschen haben kein Problem damit, wenn das Renteneintrittsalter um ein Jahr angehoben würde.

Zurückhaltende öffentliche Meinung

Der Meinungsumfrage des Unabhängigen Instituts für sozial-ökonomische und politische Studien (IISEPS) vom Dezember 2015 zufolge sind nur 20,3 % der Befragten mit einer Erhöhung des Renteneintrittsalters einverstanden, während 73,1 % diese Maßnahme ablehnen, weil in diesem Falle »viele den Rentenbeginn nicht mehr erleben« würden. Dabei finden sich Anhänger einer Anhebung des Renteneintrittsalters vor allem in der Gruppe der 18–29-jährigen (23,6 %) und der über 60-jährigen (27,1 %). Dies ist verständlich, da für erstere Gruppe der Rentenbeginn noch eine abstrakte Fiktion ist und für letztere eine Erhöhung des Renteneintrittsalters bereits keine direkten persönlichen Folgen mehr hat. Die geringste Unterstützung ist in der Gruppe der 40–49-jährigen anzutreffen.

Da die Erhöhung des Renteneintrittsalters inzwischen trotz allen Zögerns auch vom Staatsoberhaupt öffentlich unterstützt wird, ist davon auszugehen, dass dieser Schritt über kurz oder lang vollzogen wird.

Dadurch wird sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt kurzfristig entspannen, doch die Probleme der Finanzierung des Sozialfonds bleiben bestehen. Diese können nur mit strukturellen Reformen behoben werden, wie

die Mehrheit der Experten überzeugt ist. Daher wird die politische Führung sich intensiver mit der weiteren Reformierung des Rentensystems beschäftigen müssen.

Übersetzung: Astrid Sahn

Über die Autorin:

Aljona Spasjuk ist Korrespondentin der unabhängigen Nachrichtenagentur BelaPAN in Minsk.

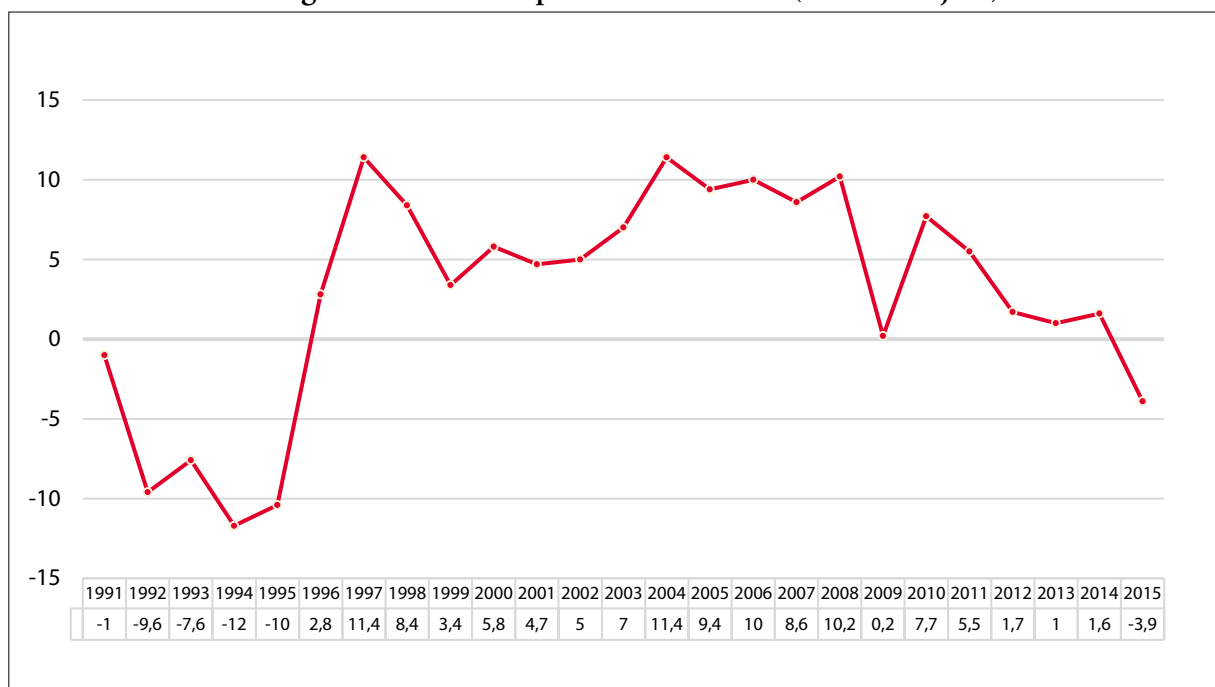
Lesetipp:

Kateryna Bornukova (BEROC): The Inevitable Social Security Reforms in Belarus, Policy Brief, 8.2.2016, <<http://freepolicybriefs.org/2016/02/08/the-inevitable-social-security-reforms-in-belarus/>>.

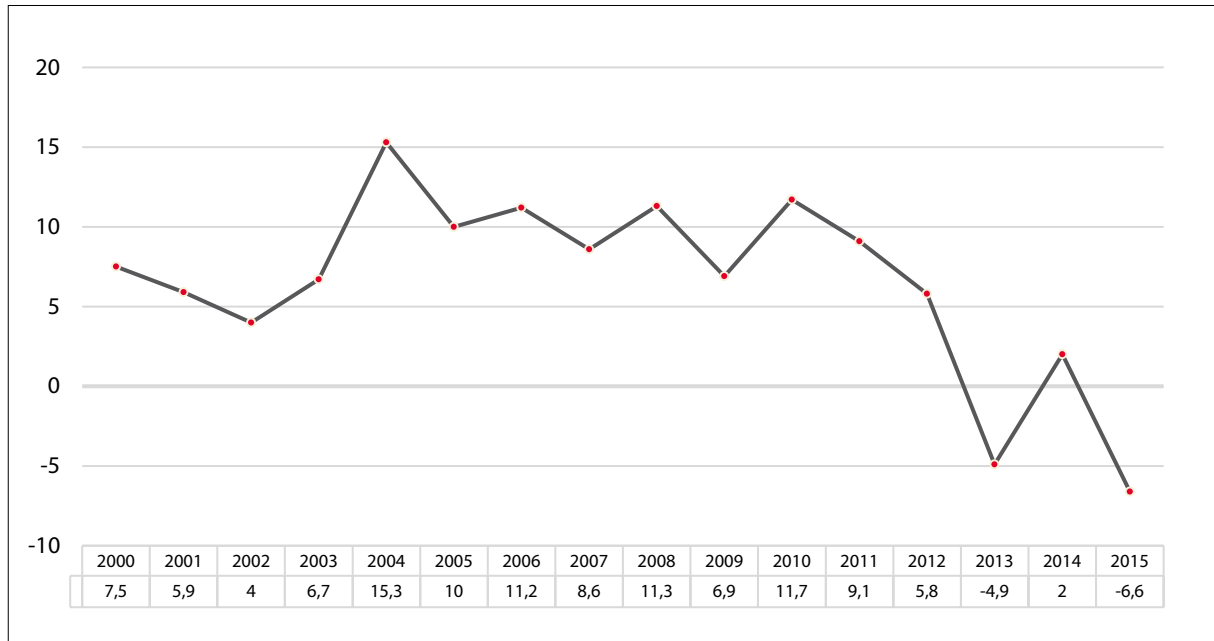
STATISTIK

Entwicklungstrends der belarussischen Wirtschaft

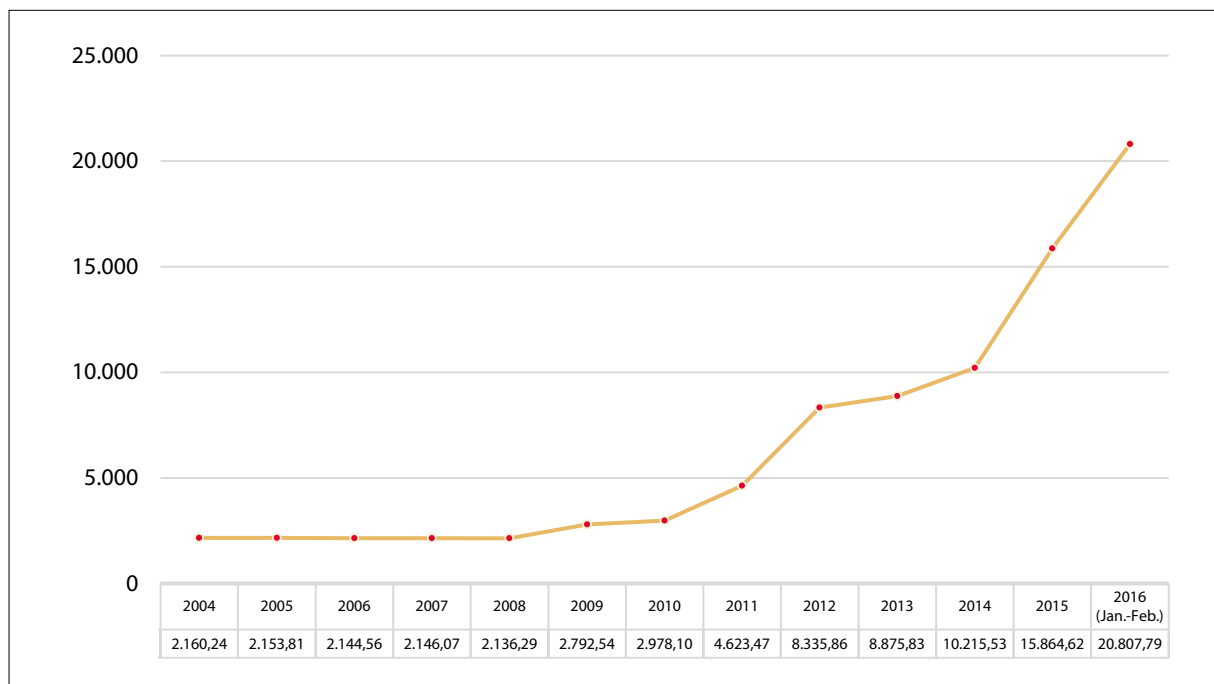
Grafik 1: Entwicklung des Bruttoinlandprodukts in Belarus (% zum Vorjahr)



Quelle: Nazionalnyj statističeskij komitet Respubliki Belarus: Statističeskie ezhegodniki Respubliki Belarus s 1991 po 2015 gody; WWP Belarusi w 2015-om godu sokratilsja w dollarach na 27%, <<http://myfin.by/stati/view/5728-vvp-belarusi-v-2015om-godu-sokratilsya-v-dollarah-na-27>>.

Grafik 2: Entwicklung der Industrieproduktion (in % zum Vorjahr)

Quelle: *Nazionalnyj statističeskij komitet Respubliki Belarus*, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/realny-sector-ekonomiki/promyshlennost/godovye_dannwe_prom/indeksy-promyshlennogo-proizvodstva/>

Grafik 3: Durchschnittlicher offizieller Wechselkurs des belarussischen Rubels zum US-Dollar

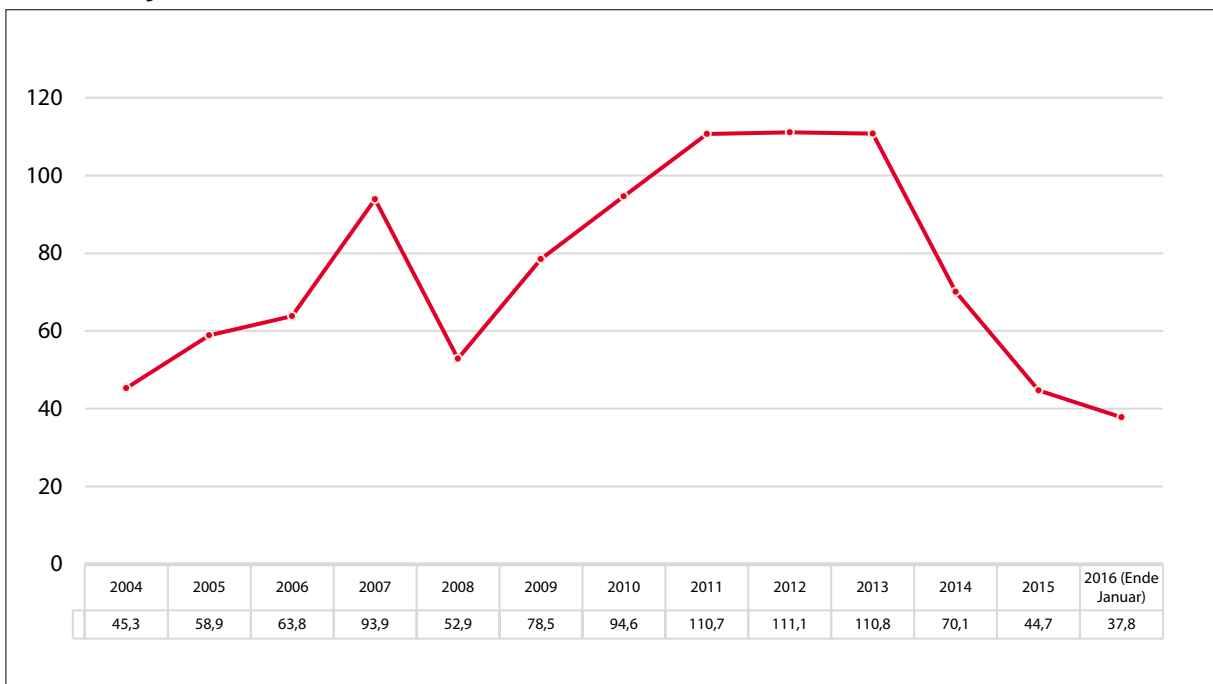
Quelle: *Srednij ofizialnyj kurs belorusskogo rublja po odnosčeniju k inostrannym waljutam sa 2015 god*, <<http://www.nbrb.by/statistics/Rates/AvgRate/?yr=2015>>.

Grafik 4: Devisen- und Goldreserven von Belarus laut IWF-Methodologie (Mio. US-Dollar, zum 1. Januar)



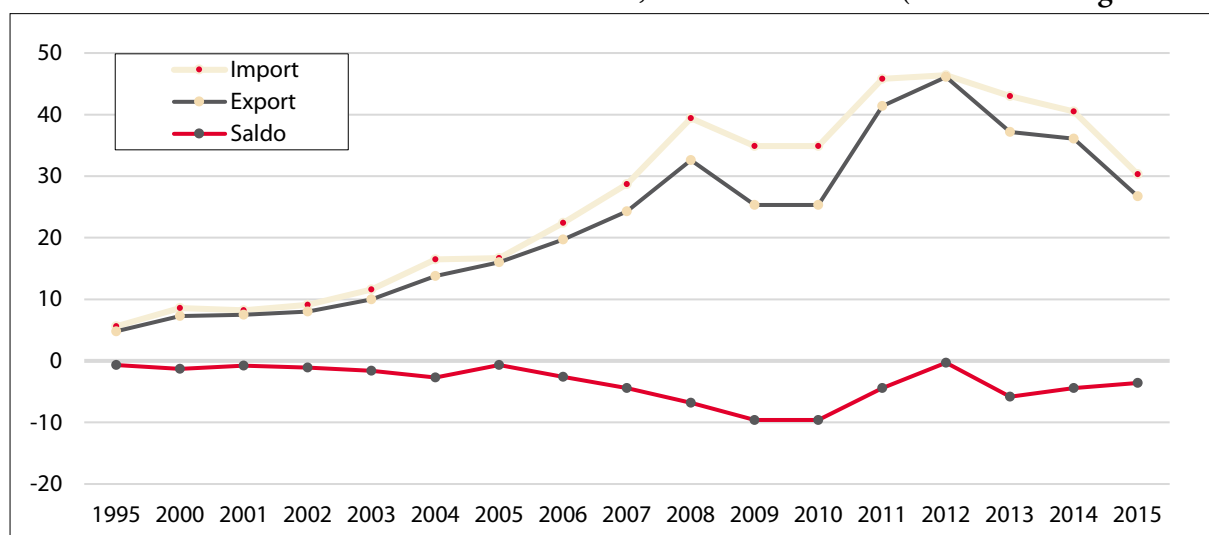
Quelle: Mezhdunarodnye rezervnye aktivy Respubliki Belarus, <<http://www.nbrb.by/statistics/reserveAssets/assets.asp>>.

Grafik 5: Durchschnittlicher monatlicher Ölpreis (Marke Brent), in US-Dollar pro Barrel (zum Jahresende)



Quelle: Brent Oil Streaming Chart, <<http://www.investing.com/commodities/brent-oil-streaming-chart>>.

Grafik 6: Außenhandelswarenumsatz in Belarus, in Mrd. US-Dollar (Zahlen sind abgerundet)



Quelle: Nazionalnyj statistitscheskij komitet Respubliki Belarus: Osnovnye pokazateli vneshnej torgowli, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/makroekonomika-i-okružhayushchaya-sreda/vneshnyaya-torgovlya_2/osnovnye-pokazateli-za-period-s-__-po-____gody_10/osnovnye-pokazateli-vneshnei-torgovli/>.

Tabelle 1: Außenhandelswarenumsatz in Belarus, in Mrd. US-Dollar (Zahlen sind abgerundet)

	Insgesamt			Mit GUS-Ländern			Darunter mit Russland			Außerhalb der GUS-Länder		
	Import	Export	Saldo	Import	Export	Saldo	Import	Export	Saldo	Import	Export	Saldo
1995	5,6	4,8	-0,7	3,7	3	-0,7	3	2,2	-0,8	1,9	1,8	-0,1
2000	8,6	7,3	-1,3	6,1	4,4	-1,7	5,6	3,7	-1,9	2,6	2,9	0,4
2001	8,2	7,5	-0,8	5,8	4,5	-1,3	5,4	4	-1,5	2,5	3	0,5
2002	9,1	8	-1,1	6,3	4,4	-1,9	5,9	4	-2	2,8	3,6	0,8
2003	11,6	10	-1,6	8	5,4	-2,6	7,6	4,9	-2,7	3,5	4,5	1
2004	16,5	13,8	-2,7	11,9	7,3	-4,6	11,2	6,5	-4,7	4,6	6,5	1,9
2005	16,7	16	-0,7	11,1	7,1	-4,1	10,1	5,7	-4,4	5,6	8,9	3,4
2006	22,4	19,7	-2,6	14,5	8,6	-5,9	13,1	6,8	-6,3	7,8	11,1	3,3
2007	28,7	24,3	-4,4	19	11,2	-7,8	17,2	8,9	-8,3	9,7	13,1	3,4
2008	39,4	32,6	-6,8	26	14,4	-11,6	23,5	10,6	-13	13,4	18,2	4,8
2009	34,9	25,3	-9,6	18,2	9,3	-8,9	16,7	6,7	-10	10,4	12	1,6
2010	34,9	25,3	-9,6	20,5	13,6	-6,9	18,1	10	-8,1	14,4	11,7	-2,7
2011	45,8	41,4	-4,4	28,1	20,4	-7,7	25	14,5	-10,4	17,7	21	3,4
2012	46,4	46,1	-0,3	30,1	23,7	-6,5	27,6	16,3	-11,2	16,3	22,4	6,1
2013	43	37,2	-5,8	25,2	23	-2,2	22,9	16,9	-6,1	17,8	14,2	-3,6
2014	40,5	36,1	-4,4	24,2	21,1	-3,1	22,2	15,2	-7	16,3	15	-1,3
2015	30,3	26,7	-3,6	18,4	14,1	-4,3	17,1	10,4	-6,8	12,0	12,6	-0,6

Quelle: Nazionalnyj statistitscheskij komitet Respubliki Belarus: Osnovnye pokazateli vneshnej torgowli, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/makroekonomika-i-okružhayushchaya-sreda/vneshnyaya-torgovlya_2/osnovnye-pokazateli-za-period-s-__-po-____gody_10/osnovnye-pokazateli-vneshnei-torgovli/>.

Tabelle 2: Zentrale sozioökonomische Indikatoren der Republik Belarus in 2015

	2015	2015 (% zu 2014)	2014 (% zu 2013, zum Vergleich)
Bruttoinlandsprodukt (Bio. BYR)	869,70	96,1	101,7
Industrieproduktion (Bio. BYR)	729,00	93,4	102
Agrarproduktion (Bio. BYR)	136,70	97,2	102,9
Investitionen in Grundkapital (Bio. BYR)	206,30	84,8	94,2
Großhandelsumsatz (Bio. BYR)	598,20	95,6	109,5
Einzelhandelsumsatz (Bio. BYR)	347,30	100,2	106
Verbraucherpreisindex	-	113,5	118,1
Außenhandelsvolumen von Waren und Dienstleistungen (gesamt, Mio. US-Dollar)*	59.890,50	75	97,2
Außenhandelsvolumen von Waren und Dienstleistungen (Import, Mio. US-Dollar)*	30.187,90	75,2	99,8
Außenhandelsvolumen von Waren und Dienstleistungen (Export, Mio. US-Dollar)*	29.702,60	74,7	94,7
Reallohn der Bevölkerung	-	96,8	100,3

* Januar–November 2015; Quelle: Nazionalnyj statistitscheskij komitet Respubliki Belarus: Osnovnye sozialno-ekonomitscheskie pokazateli Respubliki Belarus w 2015 godu, <http://www.belstat.gov.by/o-belstate_2/novosti-i-meropriyatija/novosti/osnovnye-sotsialno-ekonomicheskie-pokazateli-respubliki-belarus-v-2015-godu/>.

Tabelle 3: Warenstruktur des Imports

	Mio. US-Dollar		Anteil in %	
	2014	2015	2014	2015
Insgesamt	40.502,4	30.311,7	100	100
darunter:				
Maschinen, Ausrüstung und Fahrzeuge	10.236,9	7.085,7	25,3	23,4
Mineralprodukte	12.146,9	9.430,2	30	31,1
Schwarz- und Farbmehle (roh und verarbeitet)	3.703,9	2.535,6	9,1	8,3
Chemische Erzeugnisse, Gummi (einschließlich chemische Fasern und Garne)	5.737,5	4.111,1	14,2	13,6
Holz- und Zellstoff- und Papierprodukte	887,3	598,2	2,2	2
Textil und Textilprodukte	843,8	584,7	2,1	1,9
Häute und Felle, Pelze und daraus Erzeugtes	158,9	78,7	0,4	0,3
Lebensmittel und Rohstoffe für ihre Herstellung	4.788,7	4.423,8	11,8	14,6
Sonstiges	1.998,5	1.463,7	4,9	4,8

Quelle: Nazionalnyj statistitscheskij komitet Respubliki Belarus: Ob itogah vneshnej torgowli towarami w 2015 godu, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/makroekonomika-i-okruzhayushchaya-sreda/vneshnyaya-torgovlya_2/operativnye-dannye_5/ob-itogakh-vneshney-torgovli-tovarami/>.

Tabelle 4: Warenstruktur des Exports

	Mio. US-Dollar		Anteil in %	
	2014	2015	2014	2015
Insgesamt	36.080,5	26.685,5	100	100
darunter:				
Maschinen, Ausrüstung und Fahrzeuge	5.472,4	3.693,7	15,2	13,8
Mineralprodukte	12.327,3	7.983,0	34,2	29,9
Schwarz- und Farbmehalle (roh und verarbeitet)	2.361,9	1.738,3	6,5	6,5
Chemische Erzeugnisse, Gummi (einschließlich chemische Fasern und Garne)	6.227,2	5.684,3	17,3	21
Holz- und Zellstoff- und Papierprodukte	1.017,3	859,1	2,8	3,2
Textil und Textilprodukte	913,7	642,3	2,5	2,4
Häute und Felle, Pelze und daraus Erzeugtes	80,8	77,5	0,2	0,3
Lebensmittel und Rohstoffe für ihre Herstellung	5.528,0	4.339,6	15,3	16,3
Sonstiges	2.151,9	1.667,7	6	6,3

Quelle: *Nazionalnyj statisticheskiy komitet Respubliki Belarus: Ob itogakh vneshnej torgowli towarami w 2015 godu*, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/makroekonomika-i-okruzhayushchaya-sreda/vneshnyaya-torgovlya_2/operativnye-dannye_5/ob-itogakh-vneshney-torgovli-tovarami/>.

Tabelle 5: Anteil der unrentablen Organisationen nach Art der Wirtschaftstätigkeit, in %

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Sept. 2015
Insgesamt	5,1	7,6	5,5	5,4	5,5	10,6	15,2	19,9
darunter:								
Landwirtschaft, Jagd und Forstwirtschaft	1,3	2,7	2,5	1,4	1,6	9,5	11	15,1
Fischerei, Fischzucht	5,9	5,9	42,1	-	-	63,2	63,2	50
Industrie	10,8	13,9	10,0	8	9,2	17,4	26,5	31,8
Bau	3,8	7,0	5,2	10,3	8,1	8,6	11,5	20
Handel; Reparatur von Kraftfahrzeugen, Haushaltswaren und Waren des persönlichen Gebrauchs	3,9	7,4	4,6	3,7	4,3	8,7	15,1	23,3
Hotels und Restaurants	8,7	11,3	7,3	4,9	7,1	15,6	16,3	24,4
Verkehr und Kommunikation	4,5	5,0	3,0	2,8	5,7	8,4	14,2	14,3

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 5: Anteil der unrentablen Organisationen nach Art der Wirtschaftstätigkeit, in %
(Fortsetzung)**

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Sept. 2015
Finanztätigkeit	-	10,3	14,3	16,7	-	-	12,5	-
Operationen mit Immobilien, Vermietung und Bereitstellung von Dienstleistungen	3,1	4,7	3,1	3,6	3,2	5,5	7,1	8,8
Bildung	5,4	3,5	1,2	3,3	2,2	7,5	10,9	13,3
Gesundheitswesen und Sozialdienstleistungen	4,9	7,0	6,3	8,8	4,5	2,2	4,3	8,4
Bereitstellung von kommunalen, sozialen und persönlichen Dienstleistungen	5,1	8,8	7,0	5,8	4,0	6,5	8,6	8,8

Quelle: *Nacionalnyj statističeskij komitet Respubliki Belarus: Statističeskij ezhegodnik, Minsk, 2015, S. 412, <http://www.belsat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/publications/izdania/public_compilation/index_724/>.*

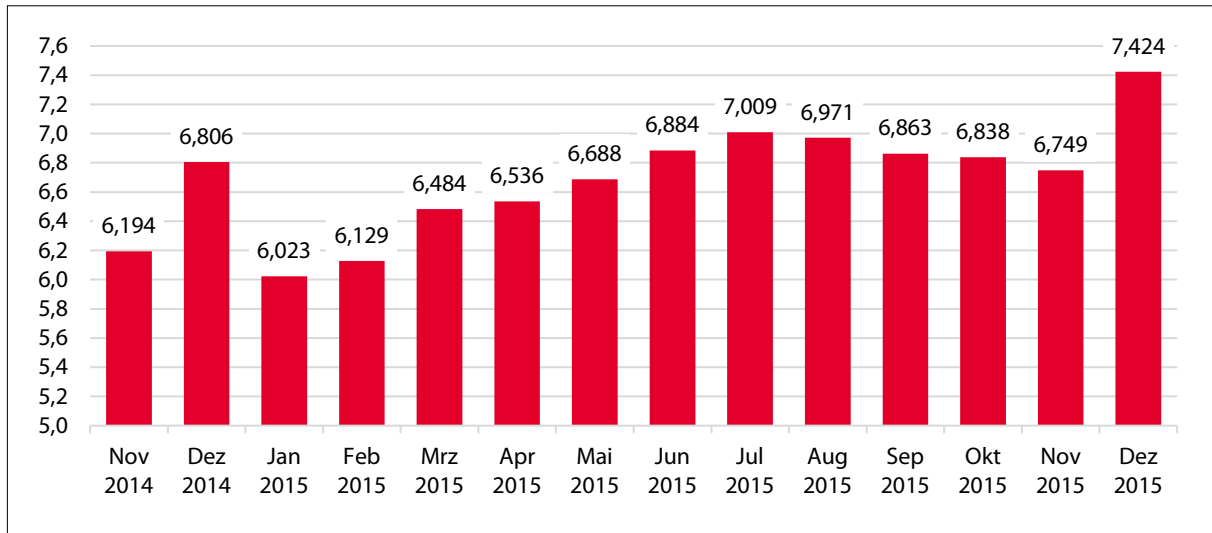
Tabelle 6: Indexe der Wirtschaftssicherheit im Bezug auf Staatsverschuldung

	Schwellenwert	1. Januar 2015	1. Januar 2016
Externe Staatsverschuldung, in Mrd. US-Dollar		12,6	12,4
Externe Staatsverschuldung, in % zu BIP	25	16,6	22,7
Interne Staatsverschuldung, in Bio. BYR		48,4	97,4
Interne Staatsverschuldung, in % zu BIP	20	5,7	9,8
Zahlungen zur Bedienung der Staatsverschuldung, in % zu Einnahmen des Staatsbudgets	10	5,5	7,9*
Zahlungen zur Schuldentilgung und Bedienung der externen Staatsverschuldung, in % zu Deviseneinnahmen	10	7,1	7,9*

* vorläufige Daten

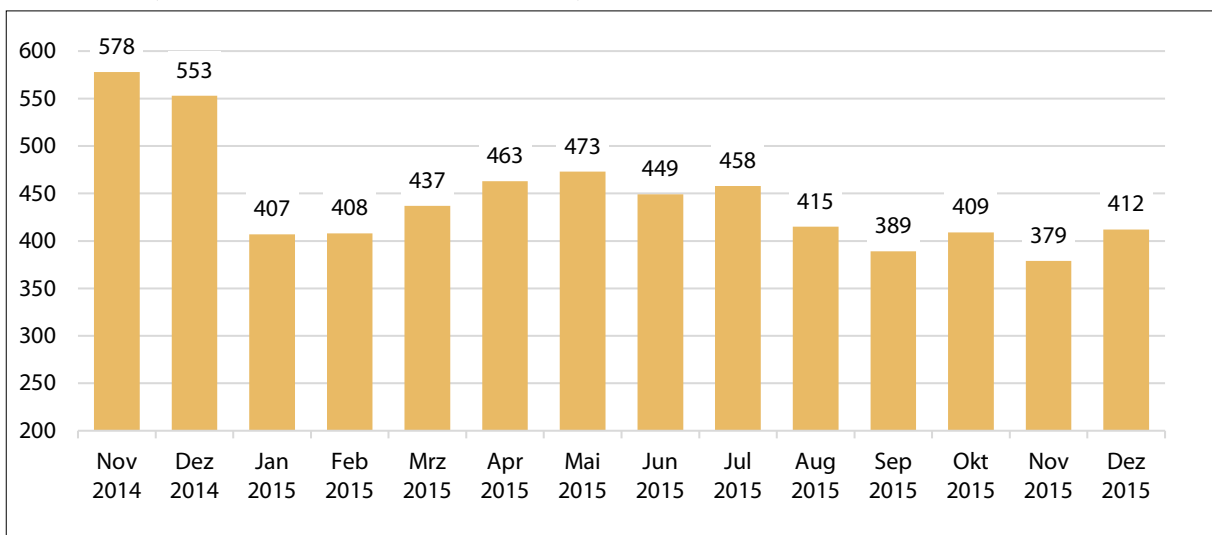
Quelle: *Pokazateli ekonomičeskoj besopasnosti po gosudarstvennomu dolgu, <http://www.minfin.gov.by/ru/public_debt/pokazateli/>.*

**Grafik 7: Entwicklung des Durchschnittsgehalts in Mio. belarussischer Rubel
(November 2014–Dezember 2015)**



Quelle: *Srednaja sarplata w Belarusi w sravnenii s drugimi stranami*, bdg, 26. Januar 2016, <<http://bdg.by/news/authors/srednyaya-zarplata-v-belarusi-v-2015-om-sravnitelno-s-drugimi-stranami>>.

**Grafik 8: Entwicklung des belarussischen Durchschnittsgehalts in US-Dollar
(November 2014–Dezember 2015)**



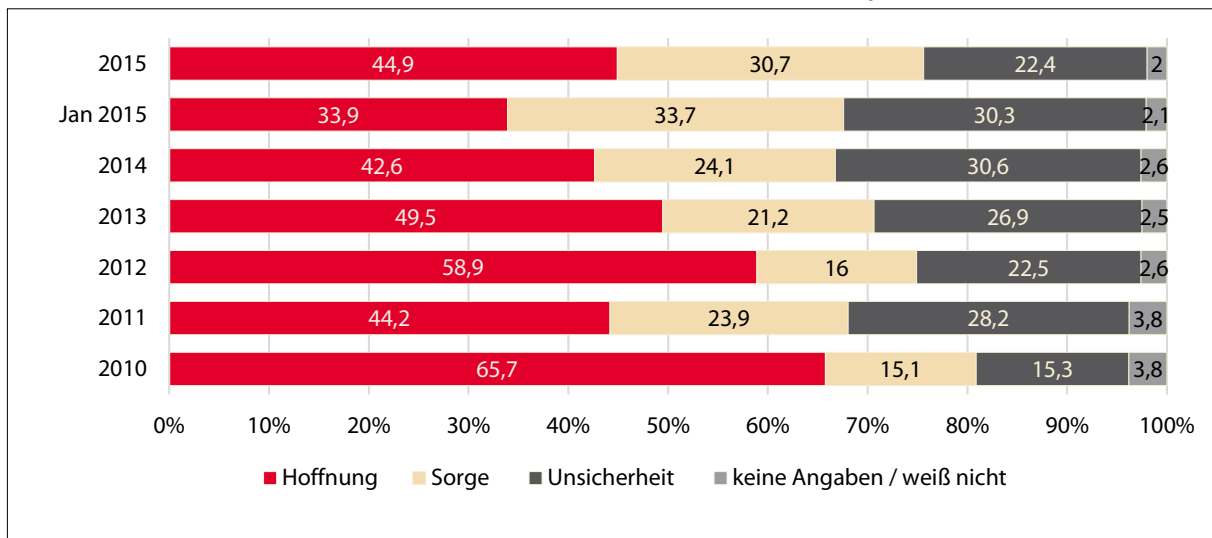
Quelle: *Srednaja sarplata w Belarusi w sravnenii s drugimi stranami*, bdg, 26. Januar 2016, <<http://bdg.by/news/authors/srednyaya-zarplata-v-belarusi-v-2015-om-sravnitelno-s-drugimi-stranami>>.

UMFRAGE

Bewertung der Wirtschaftslage und Reformbereitschaft in der belarussischen Gesellschaft

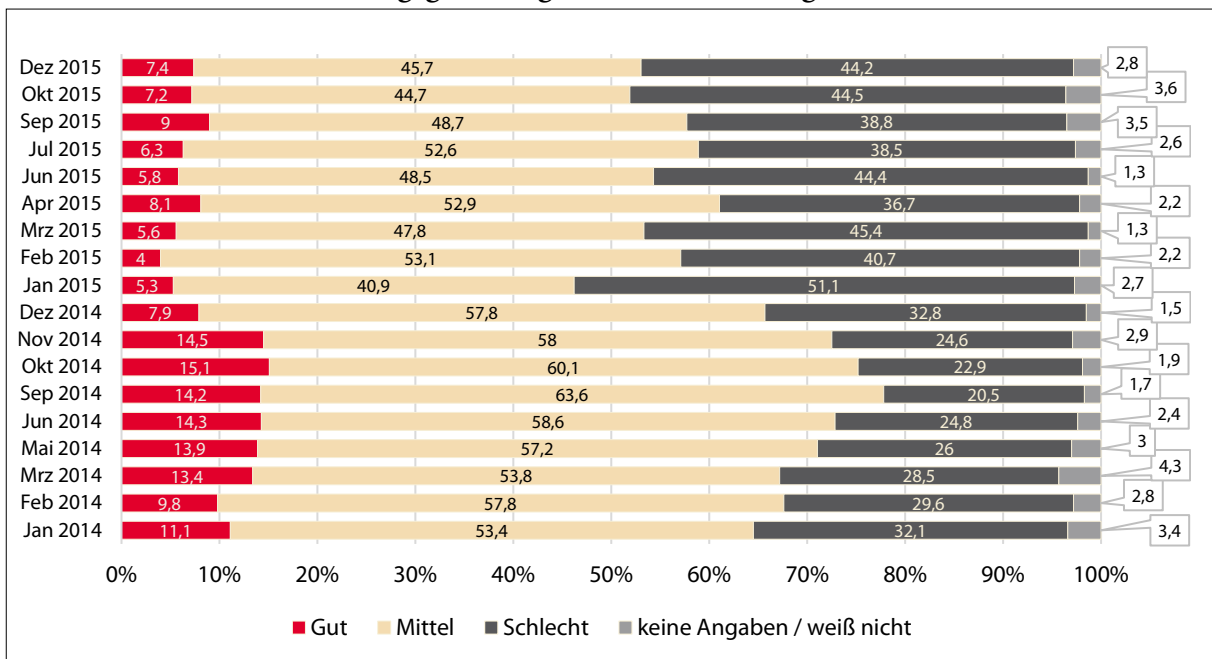
Umfragen des Belarusian Analytical Workroom

Grafik 1: Welche Gefühle haben Sie, wenn Sie über das kommende Jahr nachdenken? (%)



Quelle: Andrej Wardomazkij: Adaptazija bes graniz. Itogi goda 2015, in: Belaruskaja Analiticheskaja Masterskaja, Nr. 20, Januar 2016, S. 2–9, hier S. 8.

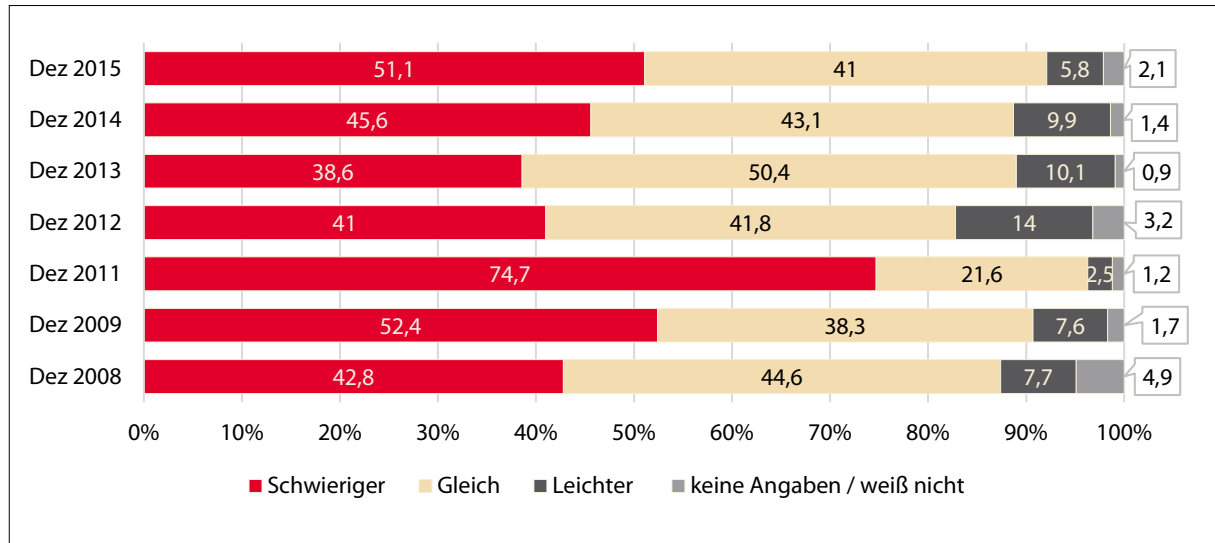
Grafik 2: Wie würden Sie die gegenwärtige wirtschaftliche Lage von Belarus bewerten? (%)



Quelle: Andrej Wardomazkij: Adaptazija bes graniz. Itogi goda 2015, in: Belaruskaja Analiticheskaja Masterskaja, Nr. 20, Januar 2016, S. 2–9, hier S. 2.

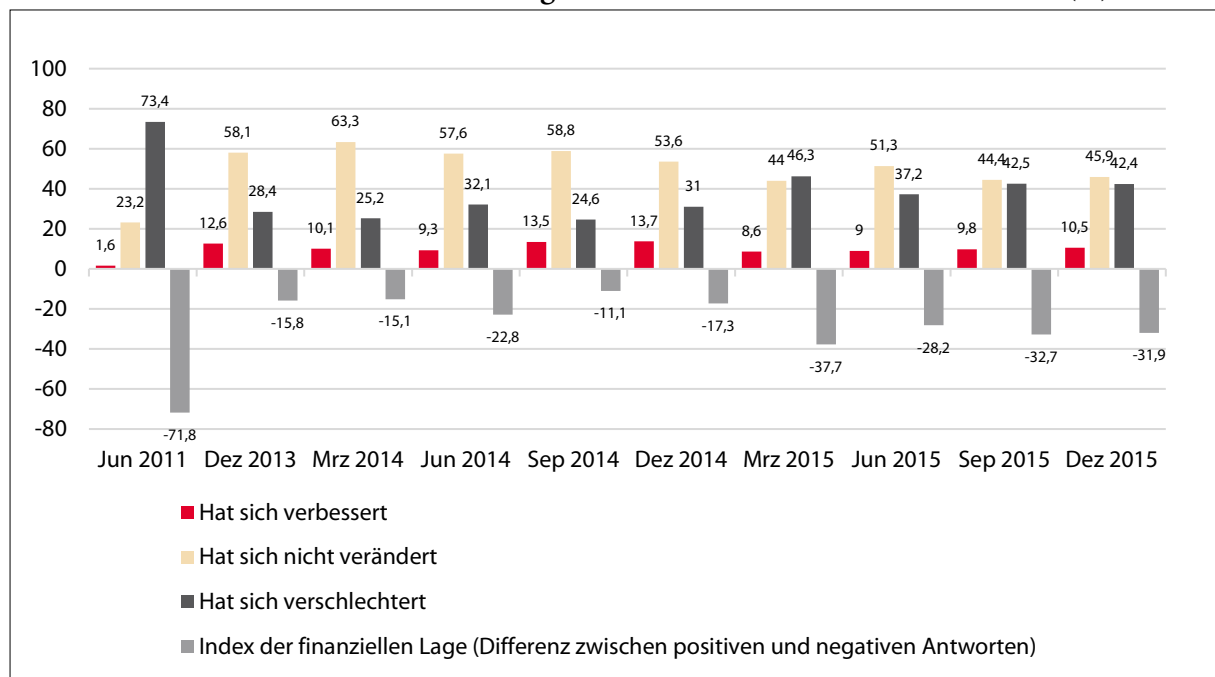
Umfragen des Unabhängigen Instituts für sozio-ökonomische und politische Studien (IISEPS)

Grafik 3: Wie bewerten Sie das sich dem Ende zuneigende Jahr im Vergleich zum Vorjahr für Belarus? (%)

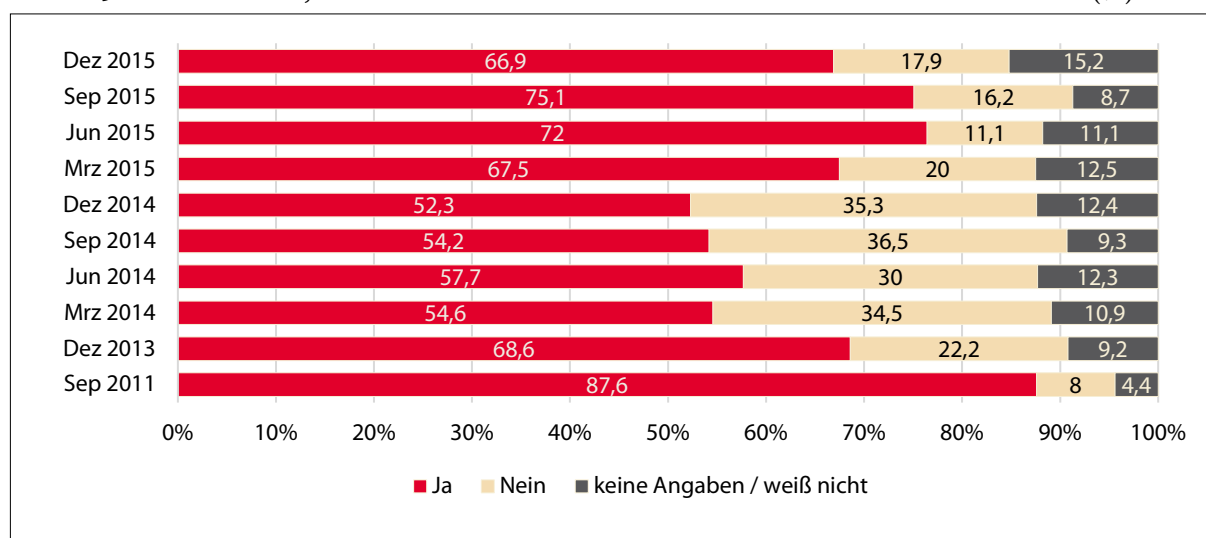


Quelle: Wrenja snizbat potrebnosti, <<http://www.iiseps.org/?p=3875>>.

Grafik 4: Wie hat sich Ihre finanzielle Lage in den letzten drei Monaten verändert? (%)



Quelle: Wrenja snizbat potrebnosti, <<http://www.iiseps.org/?p=3875>>.

Grafik 5: Glauben Sie, dass sich die belarussische Wirtschaft in einer Krise befindet? (%)

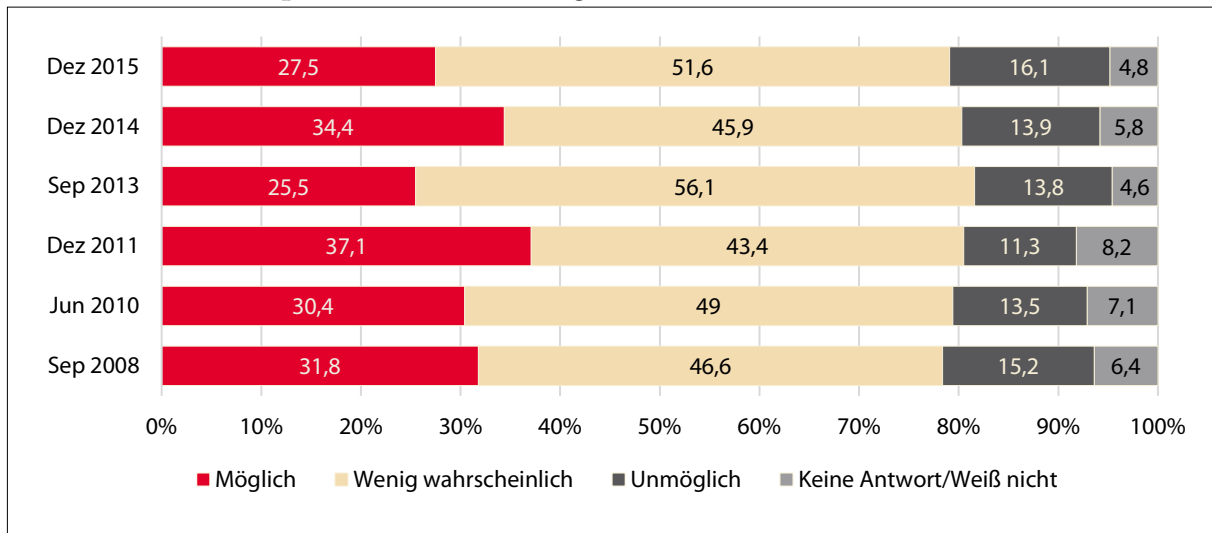
Quelle: *Dlja kogo krisis, a dlja kogo i opredelennye trudnosti*, <<http://www.iiseps.org/?p=896>>.

Tabelle 1: Welche Probleme sind Ihrer Meinung nach heute am meisten aktuell für unser Land und seine Bevölkerung? (% , mehrere Antworten möglich)

	Juni 1999	Juni 2006	Dez. 2008	Juni 2014	März 2015
Preisanstieg	82,7	60,1	82,5	80	84,1
Verarmung der Bevölkerung	73,2	19,5	37,8	41,9	46,8
Rückgang der Produktion	31,8	18,7	31,7	35,1	50,3
Arbeitslosigkeit	35,7	37	35,7	25,2	47,2
Korruption	29,7	27,6	26	23,8	23,1
Bevölkerungsreduktion	-	21,9	14,9	16,9	8,6
Menschenrechtsverletzung	23,3	22,1	20,1	16	22,9
Fehlende Ordnung und Rechtsstaat	24,6	22,1	20,6	15,8	15
Bedrohung seitens des Westen	9,3	18,2	13	15,4	19,6
Niedergang der nationalen Kultur	13,1	10,8	8,1	13,2	9,5
Überwindung der Folgen der Tschernobyl-Katastrophe	29,5	25,5	10,6	11,8	9,7
Kriminalität	44,6	23,2	20,8	11,6	17,4
Internationale Isolierung von Belarus	9,1	14,4	9,8	11	11,1
Spaltung der Gesellschaft	5	7,3	4	10,6	6,7
Drohender Verlust der staatlichen Unabhängigkeit von Belarus	-	8,3	5,2	9,5	5,7

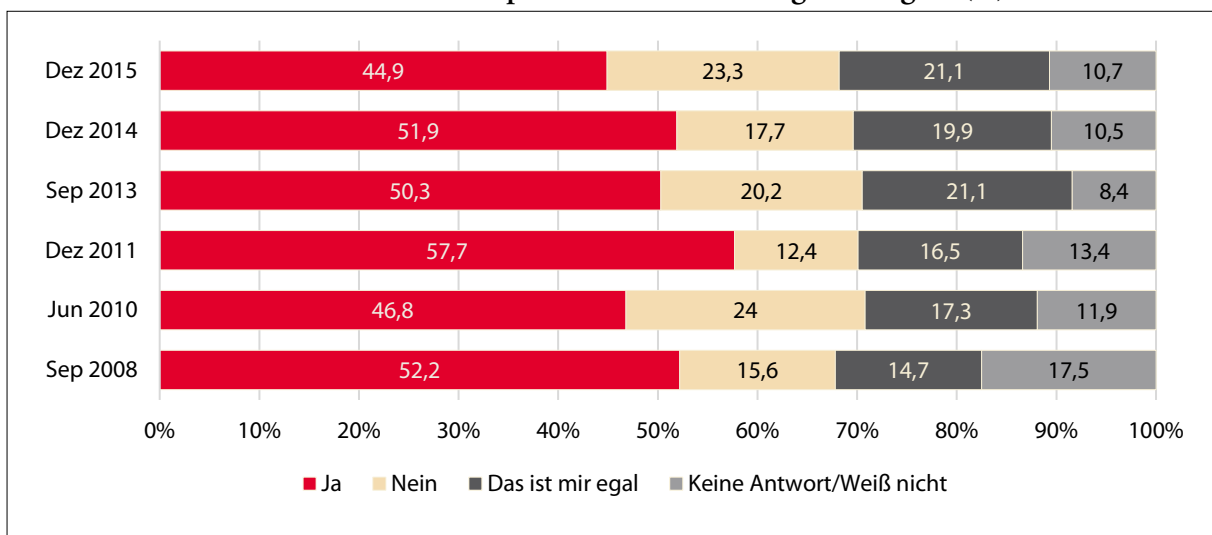
Quelle: *Woswrat w natschalo 90-h godow wosmozhen*, <<http://www.iiseps.org/?p=856>>.

Grafik 6: Glauben Sie, dass in den nächsten 5 Jahren kardinale Veränderungen in der Außen- und Innenpolitik von Belarus möglich sind? (%)



Quelle: *Wremja snizhat potrebnosti*, <<http://www.iiseps.org/?p=3875>>.

Grafik 7: Wünschen Sie sich, dass entsprechende Veränderungen erfolgen? (%)

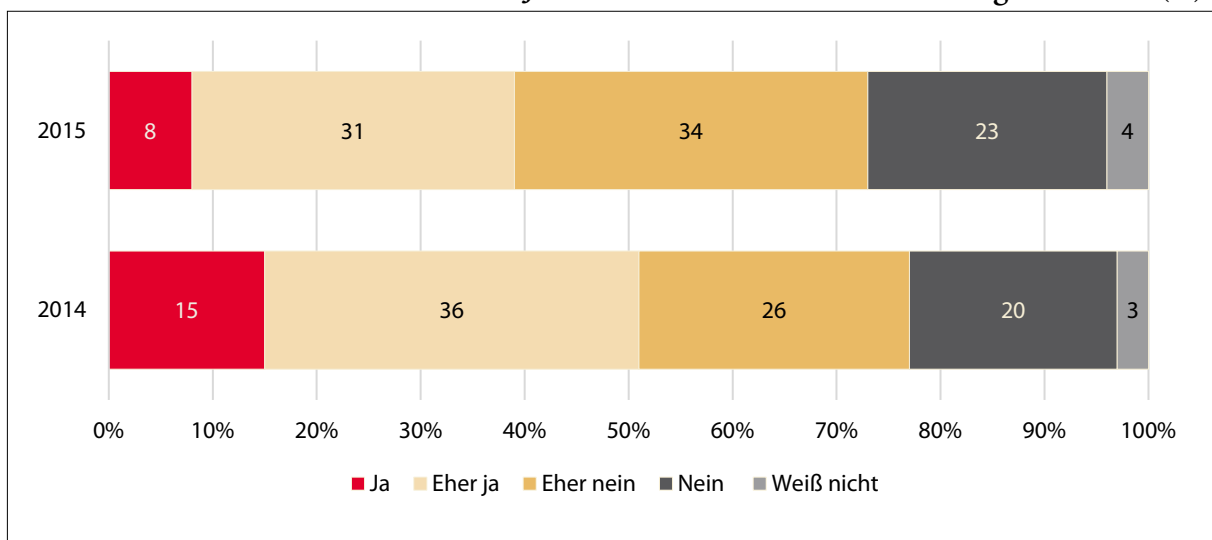


Quelle: *Wremja snizhat potrebnosti*, <<http://www.iiseps.org/?p=3875>>.

Umfragen des Belarussischen Instituts für Strategische Studien (Projekt »REFORUM BISS«)

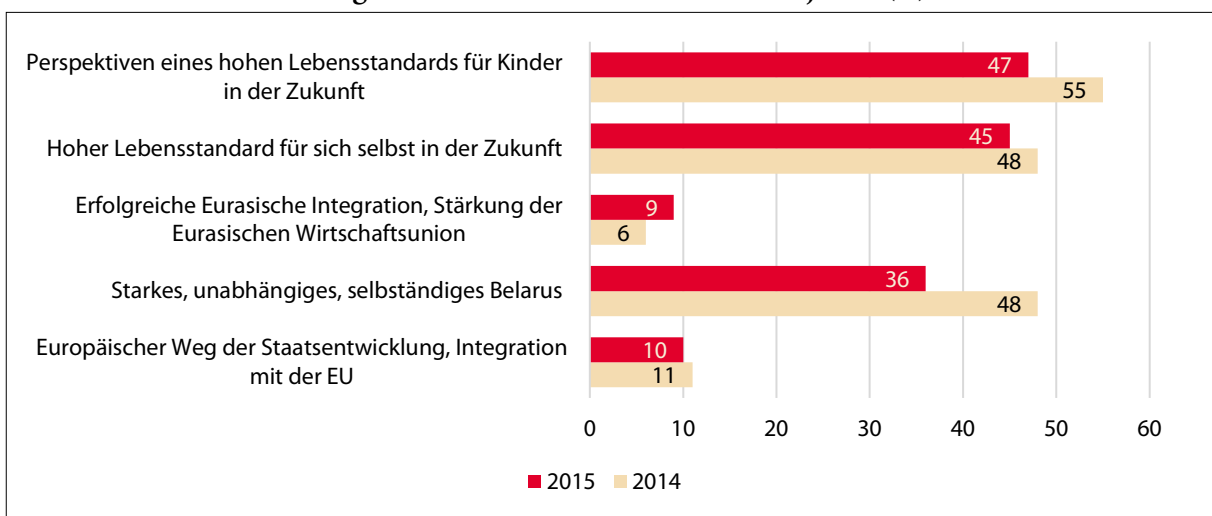
Umfragen unter der Bevölkerung

Grafik 8: Die Durchführung struktureller Reformen führt oft zur Senkung des Lebensstandards, Steigerung der Arbeitslosigkeit, Inflation, Kürzung der sozialen Unterstützung. Sind Sie bereit, die Folgen der Reformen zu ertragen, damit sich die Lebensqualität des Landes in fünf bis sieben Jahren nach der Reformdurchführung verbessert? (%)



Quelle: REFORUM: Naselenije Belarusi: chotjat reform, no ne gotowy k ich posledstwijam, Diagramma 4, <http://belinstitute.eu/ru/node/2513#_ftn2>.

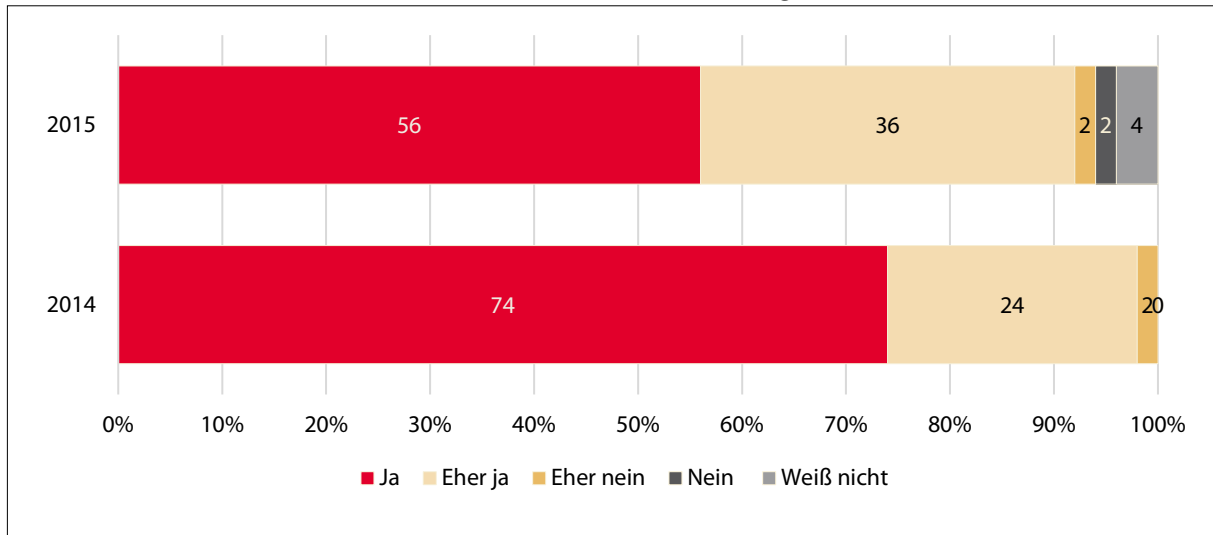
Grafik 9: Wofür wären Sie bereit, folgende negative Auswirkungen der Reformen zu ertragen: Senkung des Lebensstandards, Steigerung der Arbeitslosigkeit, Inflation, Kürzung der sozialen Unterstützung im Laufe der fünf bis sieben Reformjahre? (%)



Quelle: REFORUM: Naselenije Belarusi: chotjat reform, no ne gotowy k ich posledstwijam, <http://belinstitute.eu/ru/node/2513#_ftn2>.

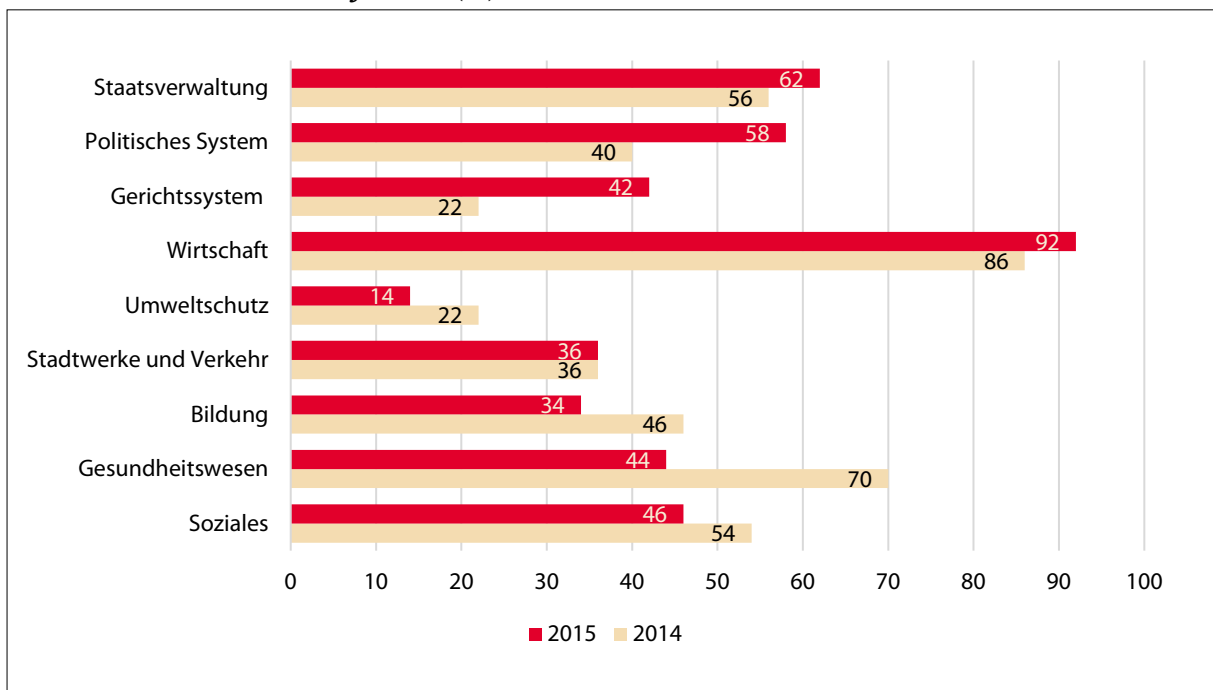
Umfragen unter Unternehmern

Grafik 10: Glauben Sie, dass Reformen in Belarus notwendig sind? (%)



Quelle: *Predprinimateli: Oshchuschenie krisisa i snizhenie saprosa na reformy*, <<http://reforum.info/node/286>>.

Grafik 11: Wenn man über das Interesse des Landes und der Bevölkerung spricht, wie dringend sind Ihrer Meinung nach Reformen in Belarus in folgenden Bereichen in den nächsten ein bis zwei Jahren? (%)



Quelle: *Predprinimateli: Oshchuschenie krisisa i snizhenie saprosa na reformy*, <<http://reforum.info/node/286>>.

1. Dezember 2015 – 15. Februar 2016

01.12.2015	Die Minsker Behörden verweigern der zurzeit in Lettland registrierten NRO »Neue Alternative« mit Verweis auf formale Gründe die Registrierung in Belarus. Die Initiatoren der in den Bereichen Kultur und Bildung aktiven Organisation »Alternative« wollen dennoch weiterhin eine Registrierung in Belarus anstreben.
01.12.2015	Vertreter der Internationalen Föderation für Menschenrechte (FIDH) und des belarussischen Menschenrechtszentrums »Wjasna« senden gemeinsam einen öffentlichen Brief an die Außenminister der EU-Länder. Hierin rufen sie dazu auf, dass die EU vor ihrer Entscheidung über den weiteren Umgang mit den im Oktober ausgesetzten Sanktionen von Belarus konkrete Zusagen im Menschenrechtsbereich verlangen soll.
02.12.2015	In Minsk nehmen ca. 90 Studierende an einer Aktion teil, die sich gegen die Einführung der Gebühren für die Wiederaufnahme der Prüfungen an der Belarussischen Staatlichen Universität (BSU) richtet.
03.– 04.12.2015	Der belarussische Außenminister Uladsimir Makej trifft bei der 22. OSZE-Außenministerkonferenz in Belgrad u. a. mit dem Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland, dem OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier und dem ODIHR/OSZE-Chef Michael Georg Link zusammen.
05.12.2015	Unabhängige belarussische Studentenorganisationen rufen die Verwaltung der Belarussischen Staatlichen Universität und des Bildungsministeriums dazu auf, keine Strafmaßnahmen gegen die Studierenden umzusetzen, die am 2. Dezember gegen die Einführung der Gebühren an der BSU in Minsk protestiert haben.
07.12.2015	Ein Minsker Gericht verurteilt zwei Teilnehmer einer ungenehmigten Kundgebung politischer Oppositionskräfte am 24. November 2015 in Minsk jeweils zu einer Geldstrafe in Höhe von 3,6 Mio. BYR (umgerechnet knapp 183 Euro) und 4,5 Mio. BYR (umgerechnet knapp 230 Euro). Die Kundgebung fand am Jahrestag des umstrittenen Verfassungsreferendums, mit dem Präsident Lukaschenka 1996 weitgehend das Prinzip der Gewaltenteilung aufhob, statt und war u. a. dem Gedenken an die 1999 verschwundenen Oppositionspolitiker Wiktar Hantschar und Juri Sacharenka gewidmet.
07.12.2015	Vertreter der belarussischen Opposition nehmen an einer Sitzung des Nordischen Rates und der Baltischen Versammlung in Vilnius teil. Dort fordern sie freie Wahlen, Handlungsfreiheit der politischen Parteien und Medienfreiheit in Belarus.
07.– 09.12.2015	Eine EU-Delegation unter Leitung von Mathieu Bousquet, dem Chef der Abteilung Östliche Nachbarschaft der Generaldirektion Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Belarus auf. Ziel der EU-Reise ist die Entwicklung eines Jahresplans zur Kooperation mit Belarus. Die EU könne die finanzielle Hilfe für Belarus 2016 verdoppeln, so Gunnar Wiegand, stellvertretender Direktor der Abteilung Europa und Zentralasien des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EEAS).
08.12.2015	Der Finanzminister Russlands Anton Siluanow teilt mit, dass der Eurasische Fonds für Stabilisierung und Entwicklung die Entscheidung über die Vergabe eines Kredits in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar an Belarus verschoben habe. Grund dafür sei der fehlende Willen der belarussischen Führung zur Durchführung der vorgesehenen Wirtschaftsentwicklungsmaßnahmen.
08.12.2015	Die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine tagt erneut in Minsk. Der OSZE-Sonderbeauftragte für die Ukraine Martin Sajdik ruft zur unverzüglichen Minenräumung im Grenzgebiet sowie zur Beschleunigung des Gefangenen austausches auf.
08.– 09.12.2015	Präsident Lukaschenka hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Vietnam auf und trifft sich u. a. mit dem vietnamesischen Präsidenten Truong Tân Sang. Während seines Aufenthalts werden mehrere zwischenstaatliche Abkommen unterzeichnet. Die Zusammenarbeit mit Vietnam soll für Belarus neue Perspektiven im Rahmen des Ausbaus der Beziehungen mit der Region des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) eröffnen, so der belarussische Außenminister Makej.
09.– 10.12.2015	Eine Delegation des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EEAS), der Generaldirektion Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (DG NEAR) und der Generaldirektion Handel (DG Trade) unter Leitung des stellvertretenden Direktors der Abteilung Europa und Zentralasien Gunnar Wiegand und der Vize-Generaldirektorin der Generaldirektion Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen Katarina Mathernova hält sich zu einem offiziellen Besuch in Minsk auf. Die Delegation führt u. a. Gespräche mit Vertretern der Opposition, der Zivilgesellschaft, der in Belarus vertretenen internationalen Organisationen sowie mit den belarussischen Behörden zur weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen Belarus und der EU.
10.– 12.12.2015	Präsident Lukaschenka führt bei einem Arbeitsbesuch in Turkmenistan Gespräche u. a. mit seinem Amtskollegen Gurbanguly Berdimuchammedow. Im Anschluss an die Verhandlungen werden u. a. ein Fahrplan für die Zusammenarbeit in 2016/2017 sowie mehrere zwischenstaatliche Abkommen unterzeichnet.

13.– 14.12.2015	Der belarussische Außenminister Makej ist zu einem Arbeitsbesuch in Brüssel. Er führt Gespräche u. a. mit der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini, dem EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen Johannes Hahn und dem NATO-Vizegeneralsekretär Alexander Vershbow.
14.– 15.12.2015	Präsident Lukaschenka reist zu einem offiziellen Besuch nach Moskau und spricht ausführlich mit seinem russischen Amtskollegen Putin. Es werden u. a. die Beschleunigung militärischer und rüstungstechnischer Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten und die Intensivierung des gegenseitigen Handels vereinbart. Die Einrichtung eines russischen Luftwaffenstützpunktes in Belarus wird allerdings nicht angesprochen.
14.– 15.12.2015	Die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine tagt ein weiteres Mal in Minsk. Der OSZE-Sonderbeauftragte für die Ukraine Martin Sajdik berichtet von einem Fortschritt bei der Minenräumung im Grenzgebiet.
16.12.2015	In Washington findet eine bilaterale Sitzung im Rahmen des Dialogs über die Menschenrechte zwischen den USA und Belarus statt. Das US-Außenministerium erklärt, die USA seien bereit, die Möglichkeit einer endgültigen Normalisierung der beidseitigen Beziehungen zu überprüfen, sollte Belarus weitere positive Schritte in Richtung Demokratie und Menschenrechte unternehmen.
17.12.2015	Aljaksandr Lukaschenka gibt bekannt, mit welcher Regierung er in seiner neuen Amtszeit als Präsident arbeiten möchte. Mit Ausnahme des Handelsministers, dessen Aufgabe von Uladsimir Kaltowitsch übernommen wird, behalten alle Regierungsmitglieder ihre bisherigen Funktionen.
21.12.2015	Präsident Lukaschenka nimmt an der Sitzung der Staatschefs des Rates für kollektive Sicherheit der Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit (OVKS) in Moskau teil. Zentrales Thema ist die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Außenminister Makej hält sich ebenfalls in Moskau auf, um an der Sitzung des Rates der OVKS-Außenminister teilzunehmen.
22.12.2015	Der Bewegung »Sag die Wahrheit« wird vom Justizministerium bereits zum vierten Mal eine Registrierung aus formalen Gründen verweigert. Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin und Vorsitzende der Bewegung Tacciana Karatkewitsch vertritt die Auffassung, die Entscheidung des Ministeriums sei politisch motiviert.
22.12.2015	In Minsk findet eine weitere Sitzung der trilateralen Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine mit Beteiligung der Vertreter der selbsternannten Donezker und Luhansker Volksrepubliken statt. Die trilaterale Kontaktgruppe ruft beide Konfliktseiten zur Waffenruhe ab 0 Uhr des folgenden Tages auf. Der OSZE-Sonderbeauftragte für die Ukraine Martin Sajdik zieht Bilanz der Verhandlungen im Jahr 2015 und nennt konkrete positive Ergebnisse. Die Arbeit der Kontaktgruppe werde auch im kommenden Jahr fortgesetzt, so Sajdik.
23.12.2015	Mit Pawel Sjarhej wird ein Teilnehmer der Aktion gegen die Einführung zusätzlicher Gebühren, die am 2. Dezember in Minsk an der Belarussischen Staatlichen Universität stattgefunden hat, von einem Minsker Gericht wegen Durchführung einer nicht genehmigten Kundgebung zu einer Geldstrafe in Höhe von 4,5 Mio. BYR (umgerechnet knapp 230 Euro) verurteilt.
30.12.2015	Präsident Lukaschenka erklärt bei einem Treffen mit Journalisten in Minsk, er sei dankbar, dass die USA und die EU ihre Konfrontationsstrategie gegenüber Belarus aufgegeben habe. Grund dafür sei die Vermittlungsrolle Belarus' in der Ukraine-Krise, so Lukaschenka.
31.12.2015	Der UN-Menschenrechtsausschuss informiert den Homeler Aktivist Leanid Sudalenka darüber, dass seiner Bewertung zufolge die belarussischen Behörden das Recht auf friedliche Versammlung und Meinungsfreiheit im Jahr 2009 verletzt haben, als sie Leanid Sudalenka die Genehmigung für einen Mahnposten zum Internationalen Menschenrechtstag in Homel verweigerten.
03.01.2016	Außenminister Makej kündigt in einem Interview mit dem TV-Sender »Belarus 1« an, Belarus wolle ein neues Abkommen mit der EU zur Entwicklung gegenseitiger Beziehungen abschließen. Voraussetzung hierfür sei, dass die EU-Sanktionen gegen Belarus völlig aufgehoben werden, so Makej.
05.01.2016	Ein Minsker Gericht verurteilt Henads Jakavizki wegen der Ermordung seiner Mitbewohnerin zum Tode und verhängt damit die erste Todesstrafe in Belarus in 2016.
06.01.2016	Der Pressesprecher des belarussischen Außenministeriums Dsmityryj Mirontschyk erklärt mit Blick auf den Atombombentest Nordkoreas am 6. Januar, dass Belarus Nordkorea zur strikten Einhaltung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates aufrufe.
06.01.2016	Die Belarussische Journalistenassoziation schickt einen Brief an die Präsidentschaftsverwaltung mit der Bitte, die neue Welle der Verfolgung freier Journalisten für ihre Zusammenarbeit mit ausländischen Medien zu klären.

11.01.2016	In Minsk findet ein von der NRO »Perspektiwa« organisiertes Unternehmerforum zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise statt. Am Forum nehmen ca. 1500 KMU-Vertreter aus allen Regionen von Belarus teil. Die Kleinunternehmer fordern von der politischen Führung insbesondere die Aufhebung des Präsidialerlasses Nr. 222.
13.01.2016	Die freie Journalistin Larysa Stschrakowa wird von einem Homeler Gericht wegen »illegaler Herstellung von Medienprodukten« zu einer Geldstrafe in Höhe von 4,6 Mio. BYR (umgerechnet knapp 220 Euro) verurteilt. Die Journalistin hatte eine Reportage für den im Polen registrierten TV-Sender »Belsat« erstellt.
13.01.2016	Der Europarat sowie die Europäische Union äußern sich besorgt über das erste Todesurteil in Belarus im Jahr 2016 und rufen die politische Führung erneut zur Einführung eines Moratoriums für die Vollstreckung der Todesstrafe auf. Am folgenden Tag folgt ein entsprechender Aufruf der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE).
13.01.2016	In Minsk findet eine weitere Sitzung der trilateralen Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine statt. Der OSZE-Sonderbeauftragte für die Ukraine Martin Sajdik spricht von der Verletzung der Waffenruhe im Grenzgebiet, der einem Wiederaufbau der Infrastruktur schadet. Die Minenräumarbeiten seien lediglich auf einem der zwölf vorrangigen Gebiete abgeschlossen worden, so Sajdik. Der neue Waffenstillstand soll ab 14. Januar gelten.
14.01.2016	Die Leiterin der Vertretung der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) in Belarus Vohla Schtscherbina gibt bekannt, dass die IFC-Projekte sowohl die Entwicklung der KMU als auch die Exportwirtschaft in Belarus fördern werden.
14.01.2016	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) könne die Anzahl der gemeinsamen Projekte im öffentlichen Infrastrukturbereich in Belarus erhöhen, so der Geschäftsführer der EBRD für Osteuropa und den Kaukasus Francis Malige.
18.01.2016	Das belarussische Außenministerium begrüßt die Aufhebung der internationalen Sanktionen gegen den Iran am 16. Januar, die 2005 aufgrund der Entwicklung des iranischen Atomprogramms eingeführt wurden. Dies eröffne neue Perspektiven für die Weiterentwicklung der belarussisch-iranischen Zusammenarbeit.
27.01.2016	Der Jahresbericht von »Human Rights Watch« kommt zum Schluss, dass sich die allgemeine Menschenrechtssituation in Belarus 2015 trotz der Freilassung der politischen Gefangenen nicht verbessert habe.
27.01.2016	Eine weitere Sitzung der trilateralen Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine sowie aller vier Arbeitsgruppen findet in Minsk statt. Die ukrainische Regierung sei bereit, ihre Grenzen an der Berührungslinie im Gebiet Luhansk für Ziviltransporte und humanitäre Güter ab dem 12. Februar zu öffnen, so der OSZE-Sonderbeauftragte für die Ukraine Martin Sajdik. In den Verhandlungen zu einem Gefangenen austausch gebe es nach wie vor keinen Fortschritt.
27.– 28.01.2016	Eine belarussische Parlamentsdelegation unter Leitung des Abgeordneten Mikalaj Samasejka hält sich in Straßburg auf, um an der Sitzung der Kommission der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) für politische Fragen und Demokratie teilzunehmen. Der ebenfalls zur Delegation gehörende Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für internationale Angelegenheiten Witali Busko erklärt, Belarus hoffe auf die Rückgabe des Sondergaststatus in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE). Der Sondergaststatus wurde Belarus nach dem Verfassungsreferendum von 1996 entzogen und soll dem Land laut einer PACE-Resolution von 2009 erst nach der Einführung eines Moratoriums für die Vollstreckung der Todesstrafe wieder zugesprochen werden.
28.01.2015	Der Abschlussbericht des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR/OSZE) über die Präsidentenwahl in Belarus 2015 wird veröffentlicht. Der Bericht kritisiert u. a. den intransparenten Auswahlprozess der Mitglieder der Wahlkommissionen, Verstöße gegen das Recht auf freie Versammlungen und Medienfreiheit, Agitation für den amtierenden Präsidenten seitens der staatlichen Institutionen sowie die begrenzten Kontrollmöglichkeiten der unabhängigen Wahlbeobachter bei der Stimmauszählung. Zugleich werden im Bericht auch positive Schritte erwähnt, vor allem was die Organisation der vorzeitigen Stimmabgabe sowie die Stimmabgabe am Wahltag betrifft. Insgesamt werden die Wahlen nicht als frei und fair anerkannt.
28.– 29.01.2016	Der Direktor des ODIHR/OSZE Michael Georg Link hält sich mit einer offiziellen Delegation in Belarus auf und führt Gespräche u. a. mit Außenminister Makej und der Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission Jarmoschyna. Dabei werden die im OSZE-Abschlussbericht aufgelisteten Schlussfolgerungen und Empfehlungen besprochen. Makej bestätigt das Interesse an der Fortsetzung eines konstruktiven Dialogs zwischen Belarus und ODIHR/OSZE.
28.01.2016	Mehrere belarussische Menschenrechtsorganisationen rufen die EU und die USA in einer gemeinsamen Erklärung dazu auf, einen Plan mit konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in Belarus aufzustellen, dessen Umsetzung sie von den belarussischen Behörden erwarten.

29.01.2016	Drei Aktivisten, die auf einen Zaun in Minsk Graffiti mit den Sätzen »Belarus soll belarussisch sein« und »Die Revolution des Bewusstseins kommt schon« gemalt haben, werden von einem Minsker Gericht wegen »Eigentumszerstörung« zu Geldstrafen verurteilt. Zuvor hatten die Behörden die Graffiti als extremistisch bewertet. Während des Prozesses war der Redakteur des Webportals »Tut.by« Pawel Dabrawolski am 25.01.2016 nach einem Versuch, Aktivisten mit den Transparenten »Kunst ist keine Kriminalität« mit einer Mobilkamera aufzunehmen, von Polizisten geschlagen und anschließend zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Die belarussische Journalistenassoziation forderte die Behörden dazu auf, eine Prüfung durchzuführen und die Täter vor Gericht zu stellen.
01.– 02.02.2016	Die stellvertretende Außenministerin Aljona Kuptschyna trifft sich bei einem offiziellen Besuch in Brüssel mit Beamten des Europäischen Auswärtigen Dienstes und der Europäischen Kommission.
02.02.2016	Außenminister Makej empfängt den Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew Stephan Meuser in Begleitung des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Belarus Peter Dettmar zum Gespräch.
02.– 03.02.2016	Die langjährige Leiterin der Belarussischen Journalistenverbandes Zhanna Litwina und der Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation »Wjasna« Ales Bjaljazki führen in Brüssel Gespräche u. a. mit der stellvertretenden Generalsekretärin des Europäischen Auswärtigen Dienstes Helga Schmid, dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte Stavros Lambrinidis sowie mit weiteren Vertretern der EU, die sich mit dem Thema Menschenrechte auseinandersetzen.
03.– 05.02.2016	Eine EU-Delegation unter Leitung des Vizegeneraldirektors des Generaldirektorats der EU-Kommission für Handel Péter Balázs trifft sich u. a. mit dem belarussischen stellvertretenden Wirtschaftsminister Anton Kudassau, um insbesondere Fragen des gegenseitigen Marktzugangs von Belarus und der EU sowie der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion zu besprechen.
05.02.2016	Präsident Lukaschenka trifft sich während seines Winterurlaubs in Sotschi mit seinem russischen Amtskollegen Putin. Bereits am 31. Januar war er dort mit Russlands Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedew zusammengetroffen. Konkrete Gesprächsergebnisse werden nicht bekannt. Präsident Lukaschenka erklärt allerdings wenig später, Russland sei bereit, die belarussische Wirtschaft zu unterstützen.
09.02.2016	Außenminister Makej empfängt den Leiter des in Vilnius angesiedelten Belarus-Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) Wolfgang Sender. Der Außenminister nimmt zwei Tage später außerdem am Minsker Dialog teil, den der Liberale Club in Kooperation mit der KAS organisiert. Thema ist der Jahrestag des Minsker Abkommens. An der Konferenz in Minsk nehmen außerdem der Ukraine-Sonderbeauftragter der OSZE und Leiter der trilateralen Kontaktgruppe zu Ukraine Martin Sajdik sowie Experten aus Deutschland, Russland, Frankreich und der Ukraine teil.
09.02.2016	Die politischen Direktoren der Außenministerien der Visegrád-Gruppe Ivan Jestráb (Tschechien), Levente Benkő (Ungarn), Bogumiła Ordyk (Polen) und Peter Mišík (Slowakei) treffen sich in Minsk u. a. mit Außenminister Makej und Vertretern der belarussischen Opposition. Gesprächsthemen sind u. a. die Beziehungen zwischen Belarus und der EU sowie Menschenrechtsfragen.
09.02.2016	Der politische Direktor im britischen Außenministerium Simon Gass führen bei einem offiziellen Besuch in Minsk Gespräche mit Außenminister Makej sowie mit Vertretern von Opposition und Zivilgesellschaft über die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen Belarus und der EU.
10.02.2016	Bei der Sitzung der trilateralen Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine in Minsk erklärt der OSZE-Sonderbeauftragte für die Ukraine Martin Sajdik, dass sich die gesamte Sicherheitssituation in der Konfliktregion weiter verschlechtere und die Waffenruhe immer öfter verletzt werde.
12.– 14.02.2016	Außenminister Uladsimir Makej nimmt an der 52. Münchner Sicherheitskonferenz teil. Er führt bilaterale Gespräche u. a. mit dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier, dem Koordinator der Bundesregierung für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft Gernot Erler, dem EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen Johannes Hahn und dem Vorsitzenden des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Wolfgang Büchele.

15.02.2016	Der Rat der EU beschließt, die Reise- und Vermögenssperren gegen insgesamt 171 Personen einschließlich Präsident Lukaschenka aufzuheben. Ebenso werden die zehn noch verbliebenen Unternehmen von der Sanktionsliste entfernt. Das Waffenembargo sowie die Sanktionen gegen vier Personen, die laut EU zwischen 1999 und 2000 am Verschwinden von Oppositionspolitikern und Journalisten in Belarus beteiligt waren, bleiben hingegen in Kraft. Die EU ist nach wie vor über die Menschenrechtslage in Belarus besorgt, schätzt allerdings die positiven Schritte seitens Belarus während der letzten zwei Jahre hoch ein. Hierzu zählen u. a. die aktive Teilnahme von Belarus an der Östlichen Partnerschaft und am europäischen Modernisierungsdialo, die Wiederaufnahme des Dialogs über Menschenrechte, der Start der Verhandlungen über Visaeleichterung und Rückübernahmeabkommen sowie die »konstruktive Rolle von Belarus in der Region« und die Freilassung politischer Gefangener.
15.02.2016	Das Minsker Gebietsgericht verurteilt den 31jährigen Sjarhei Chmeleuski in zweiter Instanz wegen mehrfachen Mordes zum Tode. In erster Instanz war Chmeleuski lediglich zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Damit sind in Belarus in 2016 bereits zwei Todesurteile ausgesprochen worden.

Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und
Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Astrid Sahn (verantwortlich), Olga Dryndova

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter <www.laender-analysen.de>

ISSN 2192-1350 © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>



Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.



IBB
Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

- Autoren der Belarus Perspektiven sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die Belarus Perspektiven beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der Belarus Perspektiven finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.htm>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php